Uwe Thaysen

Gab es 1989/90 eine Stunde Null der deutschen Verfassungsgeschichte?

Eine Dokumentation zur Verfassungsunfähigkeit der DDR

1. Geschichte, „Verfassungspatriotismus“ und „Prinzipien, die keine Verfassung zulassen“

Historisch bedeutsame Jahre erweisen sich als solche nicht zuletzt wegen ihrer verfassungsgeschichtlichen Einschlägigkeit. Epochale Umwälzungen gehen mit durchgreifenden Verfassungsänderungen einher. Umgekehrt müßten demnach durchgreifende Verfassungsänderungen auf den außergewöhnlichen Rang der sie verursachenden Geschichte schließen lassen. Wirklich? War das auch so während der Jahre 1989 bis 1994, welche – wie nachfolgend zu zeigen sein wird – zweifellos zu den interessantesten der deutschen Verfassungsgeschichte zu zählen sind? Für den Zeitraum dieses verfassungspolitisch ergiebigen halben Jahrzehntes soll die These überprüft werden, es hätte die Chance einer „Stunde Null“ für eine neue, jetzt demokratische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, dann für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt gegeben. Tatsächlich hatte Artikel 5 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 einen grundsätzlichen Auftrag zur „Befassung“ mit Fragen zur „Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes“ erteilt, eine Revisionsoption, wie sie amtlich weitergehend in der Geschichte des Grundgesetzes nie zuvor erteilt worden war¹. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte überhaupt geriet mit Artikel 5 des Einigungsvertrages das Ergreifen der totalrevisionistischen Option des Artikels 146 GG, die Möglichkeit

¹ Der bis dahin weitestgehende offizielle Auftrag erging am 8. 10. 1970 an die Enquete-Kommission Verfassungsreform und war von Anfang an wesentlich enger, nämlich nur auf eine Überprüfung des Grundgesetzes hinsichtlich der Steigerung seiner Essenz und seiner bisherigen Wirkung, ausgelegt: Nach mehr als 20jähriger Gültigkeit des Grundgesetzes standen dessen Grundprinzipien 1970 außer jeder offiziellen Diskussion und deshalb auch nicht zur Disposition dieser Kommission. Vgl. den Einsetzungsbeschluß für die Enquete-Kommission in Dt. Bundestag, Sten. Protokoll vom 8. 10. 70, VI, 3893 ff., siehe auch den Schlußbericht vom 22. 2. 1973, der die Begrenzung des Einsetzungsbeschlusses durchaus bejaht, ebd. VII, 799 A.

einer Ablösung der provisorischen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, sogar offiziell auf die Tagesordnung. Grundstürzende Reformen schienen möglich, für manchen zwingend als Folge der epochalen Zäsur des Umbruchs in der DDR nach dem Ende des Kalten Krieges. Wirklich: „zwingend“? Wirklich: „möglich“? Können wir uns, und sei es auch nur aus heuristischen Gründen, hypothetisch so ahnungslos stellen, als wüßten wir nicht um die offensichtliche Diskrepanz zwischen Deklamation und Dezision in der Verfassungspolitik jener Jahre?

Doch zunächst ein nur anscheinend zusammenhangloser Beleg für den hier vorangestellten hypothetischen Konnex von Geschichte und Konstitutionalismus. In Schleswig-Holstein war 1989 die Arbeit an der Reform des dortigen Landesstatutes (dort gab es bis dahin keine Verfassung) zu Ende gebracht. Erschreckende Affären waren vorangegangen, bevor im damals verfassungspolitisch rückständigsten unserer Bundesländer die dann modernste deutsche Landesverfassung verabschiedet worden war. Niemand konnte sich damals vorstellen, daß diese Verfassung sehr bald eine jener Blaupausen sein würde, die für die Verfassungsgebung der fünf wieder erstehenden deutschen Bundesländer östlich von Elbe und Werra herangezogen wurden. Eine der anderen Blaupausen war ein Verfassungsentwurf, dessen eigenwilliges Urheberrecht dem Zentralen Runden Tisch der Deutschen Demokratischen Republik² zuzuweisen ist.

Und noch eine – zunächst anscheinend nur auf Westdeutschland beschränkte – geschichtliche Reminiszenz sei an den Anfang gestellt, wie sich dieses für Historiker geziemt. Im Mai 1989 feierten die Westdeutschen, zusammen mit vielen Freunden anderer Nationen, eine Verfassung, die sich offensichtlich über 40 Jahre bewährt hatte: das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ein Glücksfall, so wurde von allen betont, ein Lichtblick der ansonsten nicht gerade strahlenden deutschen Verfassungsgeschichte. Pflichtbewußt wurde in den Festreden als Makel der Verfassungswirklichkeit hinzugefügt, daß Deutschland immer noch und bedauerlicherweise „auf unabsehbare Zeit“³ geteilt sein werde.

In jenen Tagen kam niemandem in den Sinn, daß fünf Jahre intensivster deutscher Verfassungspolitik unmittelbar bevorstanden, die besagten Jahre 1989 bis 1994, in welchen auch dieses Grundgesetz auf die Probe, zur Diskussion, von manchen sogar zur Disposition gestellt sein würde. Noch weniger waren im Mai 1989 Grund und äußerer Anlaß solcher späteren Bewährungsproben für das Grundgesetz vorstellbar: daß nämlich mit der allgemeinen und grundsätzlichen Verfassungsforderung sogar in der DDR Verfassungspolitik auf die Tagesordnung der offiziellen Politik geraten würde. Der Umbruch 1989/90 in der DDR stellte die Verfassungsfrage aber bekanntlich nicht nur an diesen Staat, sondern tatsächlich auch an die später wiedervereinigte Bundesrepublik.

² Im folgenden ist stets der Zentrale Runde Tisch gemeint, wenn um der Kürze willen von *dem* Runden Tisch gesprochen wird. In verschiedenen, unten noch zu nennenden Publikationen habe ich deutlich gemacht, daß diese Vereinfachung die Wirklichkeit des Winters 1989/90 in der DDR nicht beschreibt.

³ Bulletin der Bundesregierung 1989, Nr. 51, 451 f.

Nach dem Fall der Mauer war offenkundig eine „Stunde Null“ zumindest und zunächst nur für die Verfassungspolitik in der DDR angebrochen: die Stunde für eine demokratische und rechtsstaatliche DDR, wie immer die sonstige Gestalt dieses solchermäßen von da an den anderen Demokratien ebenbürtigen Staates auch ausfallen mochte. So im wesentlichen wurde es übereinstimmend im Westen wie im Osten noch etwa elf weitere Wochen gesehen. Diese Übereinstimmung schwand allerdings dahin – seit jenem denkwürdigen Tage, an welchem klar wurde, daß die deutsche Wiedervereinigung „auf die Tagesordnung“ der internationalen Politik zu heben möglich sei, wie der sowjetische Regierungschef Michail Gorbatschow am 30. Januar 1990 befand. Im folgenden soll dokumentiert und analysiert werden, ob es damals gleichwohl oder gerade deshalb, wie viele annahmen, tatsächlich eine „Stunde Null“ der deutschen Verfassungsgeschichte gegeben hat: die Chance, sich gleichsam an eine *tabula rasa* des konstitutionellen Neubeginnens zu setzen, um eine Verfassung zunächst vielleicht für eine andere, jetzt demokratische DDR, dann für ein von der Bundesrepublik unterschiedenes Gesamtdeutschland zu schaffen.

Nach einem weiteren verstrichenen Jahrzehnt haben wir einen besseren Überblick über alle beteiligten Akteure, alle in den Entscheidungsprozeß einbezogenen Institutionen und ihre Aktionen, können wir also voll im „akteurszentrierten Institutionalismus“⁴, einer Art „Spieltheorie für Realisten“, schwelgen. In den fünf Jahren von 1989 bis 1994 gab es der wichtigeren institutionellen Akteure mindestens ein Dutzend:

1. die alte, 9. Volkskammer der DDR (8. Juni 1986–12. März 1990)
2. den Zentralen Runden Tisch der DDR (7. Dezember 1989–12. März 1990)
3. die neue, 10. Volkskammer der DDR (5. April 1990–2. Oktober 1990)
4. die Regierungen Kohl der Bundesrepublik Deutschland (1987–1990 und 1990–1994)
5. die Wünsche-Kommission der Regierung de Maizièrre (5.–7. Mai 1990)
6. den 11. und 12. Deutschen Bundestag (18. Februar 1987–20. November 1990 und 20. Dezember 1990–21. September 1994)
7. den Gemeinsamen Ausschuß „Deutsche Einheit“ des Bundestages und der neuen Volkskammer (11. Mai–20. Juni 1990) aus den gleichnamigen Ausschüssen beider Parlamente
8. das „Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder“ (16. Juni 1990-Paulskirchenversammlung 15./16. Juni 1991)
9. die Gemeinsame Verfassungskommission des Bundestages und des Bundesrates (GVK, März 1991–November 1993)
10. das Volk der DDR

⁴ Siehe dazu einschlägig Fritz W. Scharpf, Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung (Opladen 2000). Die Terminologie dieser spieltheoretischen Erfassung von Politik und mithin von Geschichte dürfte die *Burckhardts*, *Meineckes* und *Mommsens* vermutlich nicht gerade zum Mitspielen eingeladen haben.

11. die späteren neuen Bundesländer
12. das Volk der Bundesrepublik Deutschland.

Die Außenpolitik einbeziehend, brächten wir es auf mindestens ein halbes Dutzend weiterer institutioneller Akteure (darunter historisch wirksamere als die meisten hier aufgezählten). Historiographisch komplett wäre das Spielfeld erst unter Berücksichtigung aller außenpolitisch beziehungsweise international institutionalisierten Akteure besetzt. Letztere, „Persönlichkeiten, die Geschichte machen“, sind gleichsam die Joker des „akteurszentrierten“ Politologen (im Sinne von Fritz W. Scharpf). Mit ihnen kann er jeden Verlauf der Politik, und das heißt der Geschichte, belegen und begründen. Für den Historiker ist das weniger problematisch als für manchen Politologen, der nach nomologischen Aussagen strebt. Für letzteren ist der institutionalisierte Akteur gleichsam die letzte, seit Entdeckung des akteurszentrierten Institutionalismus aber nicht mehr peinliche, sondern immer taugliche Erklärungsreserve⁵, der Joker des Spielers eben.

Im folgenden werde ich mich, meiner Themenstellung entsprechend, auf *die Akteure in der DDR* konzentrieren. Dabei kann ich mich zur Empirie des Runden Tisches im wesentlichen auf bereits vorgelegte eigene Arbeiten beziehen, zusätzlich wird vor allem der Willensbildungsprozeß in der neuen Volkskammer, aber auch in der ersten frei gewählten Regierung der DDR zu dokumentieren sein. Es soll geprüft werden, zu welchem Verfassungsspiel sich diese Akteure zusammenfanden und was dabei herauskam. Im Lichte der zu ermittelnden empirischen Befunde wird die These vom „Verfassungspatriotismus“ der Deutschen erneut zu reflektieren sein. „Verfassungspatriotismus“, so ein Gemeinplatz seit einer 1979 unter eben diesem Titel von Dolf Sternberger gehaltenen Rede⁶, sei die einzig legitime Identität der (West-)Deutschen nach 1949. Dies unterscheide sie von Engländern, Franzosen und Italienern, daß den Deutschen jenseits ihrer Verfassung keine identitätsstiftenden Gewißheiten verblieben seien⁷. Im Falle der hier ins-

⁵ Klaus von Beyme, Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder, in: Wolfgang Merkel, Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen (Opladen 1994) 168, hat den 9. November 1989 als den „schwarzen Freitag der prognostischen Fähigkeiten der Sozialwissenschaften“ bezeichnet. Festzustellen bleibt, daß gewiß nicht zuletzt als Reaktion auf diese Einsicht der Fall der Mauer zu einer Art Wiederkehr und Aufstieg der Persönlichkeit in der Geschichtsschreibung wie der Politologie beigetragen hat. Siehe zu dem durch die historische Zäsur von 1989/90 bewirkten Paradigmenwechsel selbst noch in der Historiographie Gerhard A. Ritter, Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophische Klasse 5 (1995).

⁶ Dolf Sternberger, Verfassungspatriotismus, in: FAZ (Leitartikel vom 23. 5. 1979), im folgenden zitiert nach *ders.*, Verfassungspatriotismus. Schriften 10, hrsg. von Peter Haungs u. a. (1990).

⁷ Joseph Isensee, Staatsrepräsentation, in: Jörg Dieter Gauger, Justin Stagl (Hrsg.), Staatsrepräsentation (Berlin 1992); Jürgen Gebhardt, Verfassungspatriotismus als Identitätskonzept, in: APuZ 14 (1993) 29–37; Jürgen Habermas hatte sich noch vor der historischen Zäsur von 1989/90, im vielbeachteten „Historikerstreit“, zum Verfassungspatriotismus als einer Form der „postkonventionellen Identität ...“, eine in Überzeugungen verankerte Bindung an die universalistischen Verfassungsprinzipien“, bekannt, welche an die Stelle der konventionellen Form der nationalen Identität getreten sei, *ders.*, Eine Art Schadensabwicklung: Die apolo-

gesamt zu analysierenden deutschen Verfassungspolitik der Jahre 1989 bis 1994 unter besonderer Berücksichtigung der Verfassungspolitik der DDR des einen Jahres während des Umbruchs 1989/90 wird man gegen die aus guten Gründen „herrschende Lehre“ vom „Verfassungspatriotismus“ an den apodiktischen Satz des großen Lorenz von Stein erinnert: „Es gibt Prinzipien, die keine Verfassung zulassen, das wissen wir lange.“⁸ Ein auf Anhieb ebenso faszinierender wie evident gefährlicher Satz.

Am Ende unserer zunächst empirisch aufgegebenen Dokumentation der Verfassungspolitik einer einschlägigen Epoche der deutschen Geschichte wird zu prüfen sein, ob jenseits der von von Stein 1852 aufgeführten Determinanten der Verfassungsfähigkeit, jenseits auch des Verfassungspatriotismus (im hier zitierten Sinne Dolf Sternbergers) weitere, andere geschichtsmächtige „Prinzipien“ erkennbar wurden, Prinzipien, denen wir, wenn dem denn so sein sollte, besser mit äußerster Skepsis begegnen sollten.

2. Verfassungspolitik in der DDR 1989/90

2.1 Die alte Volkskammer der DDR: eine schon geschleifte Festung

Dem für unsere Analyse einschlägigen Katalog des akteurszentrierten Institutionalismus' zufolge haben wir uns *erstens* der alten Volkskammer der DDR zuzuwenden. Neun Tage nach dem Sturm auf die Berliner Mauer, also am 18. November 1989, sah sich diese – bis dahin strikt gemäß sozialistischem Verfassungsverständnis konstruierte und operierende – „Volksvertretung“⁹ veranlaßt, eine „Zeit-

tischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: Die Zeit vom 11. 7. 1986; s. hierzu auch den bemerkenswerten Diskurs zwischen Karl-Dietrich Bracher, Jürgen Habermas u. a. um die Gewinnung eines „antitotalitären Konsenses“ in der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 4. 5. 1994, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, hrsg. vom Deutschen Bundestag (Baden-Baden 1995) 676 ff. Vgl. den zwischenzeitlich von Habermas gegangenen Weg unter Rückgriff auf seinen Beitrag „Der DM-Nationalismus“, in: Die Zeit vom 30. 3. 1990.

⁸ Lorenz von Stein, Zur preußischen Verfassungsfrage, Reprint, hrsg. von Norbert Simon in einer von Carl Schmitt besorgten Ausgabe (Reprint Berlin 2002) 9.

⁹ Siehe zum authentisch sozialistischen Staatsverständnis der DDR und aus entsprechender Volkskammersicht die im Staatsverlag der DDR erschienene Reihe „Der Sozialistische Staat“, darin besonders Karl-Heinz Schöneburg, Staat und Recht in der Geschichte der DDR (Berlin 1973); verschiedene Veröffentlichungen des Leiters des Sekretariats der Volkskammer der DDR, Herbert Kelle, zuletzt, als Heft 85 der Reihe „Recht in unserer Zeit“ das zusammen mit Tord Riemann verfaßte Heft: Die Volkskammer – wie sie arbeitet (Berlin 1989). Siehe aus westlicher Sicht juristisch Herwig Roggemann, Vertretungskörperschaften im Sozialismus, in: ZParl 5 (1974) H. 3, 339–386; empirisch Peter Joachim Lapp, Die Volkskammer der DDR (Opladen 1975); Eckhard Jesse, Die Volkskammer der DDR: Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis, in: Hans-Peter Schneider, Wolfgang Zeh (Hrsg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis (Berlin, New York 1989) 1821–1845; grundlegend, auch empirisch auf dem letzten Stand, Werner J. Patzelt, Roland Schirmer (Hrsg.),

weilige Kommission zur Änderung und Ergänzung der Verfassung“ einzusetzen¹⁰. In der konstituierenden Sitzung dieser Kommission, sie fand am 7. Dezember 1989 statt, wurde Professor Manfred Mühlmann (NDPD) zum Vorsitzenden der Zeitweiligen Verfassungskommission bestellt. In meinen Akten dieser Kommission ist Professor Mühlmann als Professor der Martin-Luther-Universität Halle, Sektion Staats- und Rechtswissenschaft, WB Staats- und Verwaltungsrecht, und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer, Wolfgang Weichert, ausgewiesen. Mühlmann, der tatsächlich aus Leipzig kam, beteuerte nur wenig später¹¹, die Erosion der SED-Herrschaft sei zu diesem Zeitpunkt, bis zum 7. Dezember 1989 also, bereits soweit fortgeschritten, daß an die bis dahin übliche Fernsteuerung der Volkskammerkommissionen durch die frühere Monopolpartei nicht mehr zu denken gewesen sei. In der Kommission habe man in jenen Tagen allerdings noch „langzeitliche Zweistaatlichkeit“ und eine entsprechende Spanne „für eine Erneuerung des Sozialismus im Visier“ gehabt.

Typisch für die zu diesem Zeitpunkt ungewissen Machtverhältnisse war und ist, daß dennoch im Kommuniqué der 10. Tagung des ZK der SED (vom 8. bis 10. November 1989) offiziell festgeschrieben stand: „Die marxistisch-leninistische Theorie darf der aktuellen Politik nicht untergeordnet sein.“¹² Bereits am 1. Dezember 1989 folgte dann aber die Streichung des berühmt-berüchtigten Artikels 1 der DDR-Verfassung von 1968/74, die Tilgung jenes Artikels, der den ehernen Monopolanspruch der SED festgeschrieben hatte. Es gibt eine Reihe weiterer Indizien dafür, daß die Festung SED geschleift war, bevor sich die Bewegungen und Parteien der Opposition – konspirativ noch – zum finalen Sturm dieser SED-Bastion zusammenrotteten¹³.

2.2 Der Zentrale Runde Tisch der DDR: ein Fokus des Aufbruchs

Der 7. Dezember 1989 wurde dadurch unvergeßlich und vielen Bürgern – nicht nur, aber aus guten Gründen besonders Bürgern der DDR – dadurch denkwürdig, daß sich an diesem Tage auch der Zentrale Runde Tisch der DDR konstituierte – *die zweite unserer akteurszentrierten Institutionen*. Professor Mühlmann richtete ein Schreiben an diese plötzliche und mit Abstand prominenteste Institution der

Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis (Wiesbaden 2002).

¹⁰ Siehe Drs. 47 dieser VK-Tagung, im Archiv des Verfassers.

¹¹ In einem ausführlichen Interview gegenüber dem Verfasser dieser Zeilen am 16. 02. 1990.

¹² Deutschlandarchiv (DA) 22 (1989) H.12, 1450.

¹³ Siehe zu Vorgeschichte und Geschichte des „Alten Machtkampfes“ Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch. Oder: wo blieb das Volk?* (Opladen 1990) 19. Ausführlich auch ders., *Hans Michael Kloth, Der Runde Tisch und die Entwicklung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl*, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII/2 (Bonn 1994) 1706–1853; im folgenden zitiert: *Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl*.

friedlichen Revolution, in welcher „alle Vertreter des Runden Tisches, die keine Fraktion in der Volkskammer haben“, aufgefordert wurden, „Vertreter in die Zeitweilige Kommission zur Mitarbeit zu delegieren“. In diesem Schreiben war die Rede von einer „völlig neuen Verfassung“, die „auszuarbeiten“ sei. Damals ging Mühlmann davon aus, daß „nur die Volkskammer, nicht aber der Runde Tisch“ sich mit der Verfassung beschäftigen werde¹⁴.

Das allerdings sah der inzwischen konstituierte Zentrale Runde Tisch¹⁵ sehr anders. Er antwortete einfach nicht, so sehr die Zeitweilige Kommission der Volkskammer dies auch noch bis zum 21. Dezember beklagen mochte¹⁶. Das war konsequent, denn in seiner konstituierenden Sitzung, wie gesagt am 7. Dezember 1989, hatte das Plenum des Runden Tisches die „selbständige“ Erarbeitung eines Entwurfes einer neuen Verfassung beschlossen. Nach meinem Urteil war dies eine der drei bedeutendsten Entscheidungen des Runden Tisches – neben der, wie sich herausstellen sollte, in jedem Falle bedeutsamsten, freie Wahlen herbeizuführen, und (drittens) derjenigen, die Wahrheit über den Unterdrückungsapparat der SED soweit wie möglich an den Tag zu heben. Nachdem die beiden ersten Aufträge vergleichsweise zügig abgearbeitet waren, blieb der Auftrag der Aufarbeitung des SED-Regimes.

Dazu eine eh und je grundsätzliche Parenthese, in unseren Tagen des Antiterrorkrieges wahrscheinlich jedoch dringlicher als je seit 1990; zum Rang der Wahrnehmung geschichtlichen Andenkens für die Gegenwart: Je größer mein Abstand zum damaligen Geschehen, um so mehr gewinnt dieser Auftrag zur Aufarbeitung der bis dahin modernsten Diktaturmethoden für mich an Bedeutung: Wir tun gut daran, die jeweils „modernsten“ Methoden der Willkür, z. B. die Methoden der vom Staatssicherheitsdienst (Stasi) der DDR routinisierten „operativen (Persönlichkeits-)Zersetzung“ zu studieren. Am 15. Januar 2003 war es zwar schon 13 Jahre her, daß die „Stasizentrale“ in Berlin-Lichtenberg gestürmt wurde. Die heute dort, im Hause 1 der Normannenstraße 1, zu besichtigenden Werkzeuge der DDR-Diktatur strahlen zwar schon die Anmutung steinzeitlicher Überwachungsinstrumente aus. Um so mehr aber sollte es bei dem Beschluß des Runden Tisches bleiben, hier eine „Gedenk- und Forschungsstätte zum DDR-Stalinismus einzurichten“ – eine auch bei heute rot-roter Koalition im Berliner Senat zu erhaltende Gedenkstätte¹⁷. Ausweislich des Protokolls der Sitzungen vom 18. und

¹⁴ Kopie des Schreibens im Archiv des Verfassers.

¹⁵ Im folgenden meistens nur „Runder Tisch“ genannt, obwohl es bekanntlich viele andere Runde Tische in der DDR dieser Zeit gegeben hat. Siehe zu diesen *Uwe Thaysen*, Runder Tisch, in: *Rainer Eppelmann, Horst Möller, Dorothee Wilms* (Hrsg.), *Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik* (Paderborn, München, Wien, Zürich 1996) 497–499; *ders.*, Das Vermächtnis der Runden Tische ist die Fähigkeit zu zivilgesellschaftlicher Einmischung, in: *Runder Tisch und direkte Demokratie. Eine Disputation des Akademischen Senates an der Stiftung Leucorea*, hrsg. von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Opladen 2000) 45–85.

¹⁶ Siehe das Protokoll der Kommission vom 21. 12. 1989, im Archiv des Verfassers.

¹⁷ Siehe zu dem zwischenzeitlich darüber entstandenen Disput *Hildegund Neubert, Klaus Schröder, Wolfgang Schuller, Uwe Thaysen*, „Zur Zukunft des Hauses 1 der ehemaligen Zen-

22. Januar 1990 hat die PDS diesem unmißverständlich beschlossenen „Vermächtnis“ des Runden Tisches definitiv nicht widersprechen mögen¹⁸. Daran erinnere ich eher mit Seitenblick auf PDS und SPD in der Berliner Bürgerschaft bezüglich des aktuellen Entscheidungsbedarfes in Sachen Normannenstraße 1. Im Blick auf die Bürgerschaft der heutigen Bundesrepublik insgesamt ist mir die Erinnerung an die Notwendigkeit dieser Erinnerungsstätte aus zweierlei Gründen wichtiger als das Memento an die Adresse der Berliner Bürgerschaftsparteien. Die derzeit stärkste Bedrohung der Freiheit besteht in deren „Ablauf“ gegen Sicherheit, im Handel Freiheit gegen Sicherheit¹⁹. Da ist es erstens erschreckend angebracht, sich zu vergegenwärtigen, welche Werkzeuge der Staatssicherheit zur „flächendeckenden Überwachung“ dereinst, in einer lange vergangenen DDR, bereits ihren Zweck erfüllten. Wieviel mehr und wieviel wichtiger bedürfen wir dann erst der ständigen Warnung vor den viele Male effektiveren Möglichkeiten gegenwärtiger Überwachung als gefährlichste Bedrohung unserer Freiheit? Sie sollte der Bundesrepublik und dem Berliner Senat in der Normannenstraße teuer genug sein.

So unstrittig die Notwendigkeit einer neuen Verfassung am Runden Tisch, so unstrittig war unter den dort versammelten Oppositionellen, daß weder die „alte“, nach demokratischem Zentralismus zustande gebrachte und arbeitende Volkskammer, unser *Akteur Nr. 1*, noch der auf andere Weise ebenfalls nicht hinlänglich demokratisch legitimierte Runde Tisch, unser *Akteur Nr. 2*, sich anmaßen dürfe, eine Verfassung zu entscheiden. Letzteres stellt die „Erklärung zum Selbstverständnis des Runden Tisches“ bedingungslos klar. Kurzfristig tauchte die Erwägung auf, erst das neu und frei zu wählende Parlament, die „neue“ Volkskammer, unseren *Akteur Nr. 3* also, und nicht schon den Runden Tisch mit der „Aufgabe einer verfassungsgebenden Versammlung“ zu betrauen. Einen solchen Beschluß hat es indessen nicht gegeben²⁰. Die Verfassungsgebung sollte nicht

trale des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR als nationales Monument zur internationalen Aufarbeitung der SED-Diktatur“, ein Gutachten, das wir am 12. September 2001 in der Normannenstr. 1 präsentierten. Siehe auch Bericht und Empfehlungen der „Fachkommission Haus 1“ zur künftigen Nutzung des ehemaligen Sitzes des Ministeriums für die Staatssicherheit der DDR im Haus 1 in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg. Eingesetzt vom Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien und der Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin (Berlin 2001): „Anatomie der SED-Diktatur. Staatspartei und Staatssicherheit der DDR“. In beiden Berichten finden sich Ausführungen zum Ursprung der Gedenkstätten-Idee für dieses Haus.

¹⁸ Der Beschluß zur Einrichtung einer solchen Gedenkstätte wurde ohne Gegenstimmen bei fünf Enthaltungen beschlossen.

¹⁹ „They that can give up essential liberty to obtain a little temporary safety deserve neither liberty nor safety“, *Benjamin Franklin* (1759).

²⁰ Siehe das vom Verfasser hrsg. Wortprotoll und die Dokumente des Zentralen Runden Tisches der DDR, Bd. I: Aufbruch, Band II: Umbruch, Bd. III: Neuer Machtkampf, Band IV: Identitätsfindung?, Band V: Dokumente (Wiesbaden 2000), im folgenden zitiert: RT-Protokoll.; siehe das Register der am Runden Tisch geführten Verfassungsdebatten als Anhang I dieses Beitrages.

vertagt werden – schon deshalb nicht, weil einige Verfassungsänderungen zur Ermöglichung freier Wahlen her mußten. Mithin wurde die Verfassungsgebung ab „sofort“ durch zwei ausdrücklich nicht ausreichend legitimierte Akteure betrieben: gleichzeitig nämlich von der alten Volkskammer und vom Runden Tisch.

2.3 Der Zeitweilige Verfassungsausschuß der alten Volkskammer: kein ernstzunehmender Konkurrent

Ebenfalls bereits in der ersten Sitzung des Runden Tisches beschlossen die Teilnehmer Verfahrensgrundsätze für die Erarbeitung einer neuen Verfassung. Eine paritätisch gemäß Zusammensetzung des Runden Tisches zu berufende Arbeitsgruppe sollte umgehend mit der Arbeit beginnen. Die Teilnehmer waren sich ferner darin einig, „daß die Bestätigung dieser neuen Verfassung nach Neuwahlen zur Volkskammer in einem Volksentscheid“ erfolgen solle. Und sie verständigten sich – nicht zuletzt mit den (früheren) Blockparteien²¹ am Runden Tisch – in einer ebenso kühlen wie sibyllinischen Wendung „eigenständig ... ihre Mitarbeit an einem entsprechenden Volkskammerausschuß zu bestimmen“²². Tatsächlich verweigerten sie ihre persönliche Teilnahme. Es kam, wie Mühlmann formulierte, „keine wirklich Fusion“ zustande.

Dazu hat der Verfasser in einem Aufsatz²³, welcher diesen Ausführungen zugrunde liegt, gemeint: „In dieser Resolution wird vollends deutlich, daß der Zentrale Runde Tisch seine Aufgabe beschränkter sah als 200 Jahre zuvor die Pariser Nationalversammlung. Die französischen Revolutionäre hatten 1789 geschworen, nicht eher auseinanderzugehen, als daß eine Verfassung geschaffen sei; die Berliner gaben sich 1989 am Beginn des Runden Tisches mit der bloßen Initiierung eines Verfassungsprozesses zufrieden. Jedenfalls hat der Runde Tisch sich anfänglich nicht explizit zum Garanten einer neuen Verfassung erklärt und daran seine Existenzberechtigung und seine Existenzdauer geknüpft. Der Runde Tisch hatte sich, konsequent seinem demokratischen Impetus folgend, auf die Entstehung einer legitimen Konkurrenz, ja auf eine demokratisch überlegene Instanz, vielleicht sogar auf zwei in demokratischer Legitimation überlegene Instanzen eingerichtet“²⁴ – in den Kategorien der genannten realistischen Schule der Spieltheorie: auf den *dritten*, vielleicht auch *zehnten* unserer institutionellen Akteure, nämlich auf die später erste frei gewählte, neue Volkskammer der DDR und vielleicht, im Falle der angestrebten Volksabstimmung, auf das Volk dieser Republik.

Zwar kam es dann doch noch zu einer eher eklektischen Zusammenarbeit von Einstweiligem Ausschuß der alten Volkskammer und der Arbeitsgruppe Neue

²¹ Siehe zur Auflösung des Blockes am 28. November 1989 Uwe Thaysen, Hans Michael Kloth, Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl (a.a.O.).

²² RT-Protokoll I, 41 ff., den Top 13 der TO.

²³ Uwe Thaysen, Zur Verfassungspolitik in der DDR 1989/90, in: Jürgen Hartmann, Uwe Thaysen (Hrsg.), Parlamentarismus und Pluralismus. Festschrift für Winfried Steffani (Opladen 1992) 298–324; künftig zitiert: Thaysen, Verfassungspolitik.

²⁴ Ebd. 305.

Verfassung des Runden Tisches. Eine anfängliche Übereinkunft zwischen diesen beiden Akteuren beantwortete allerdings bereits die alte leninsche Wer-Wen-Frage. Denn die Volkskammerkommission sollte sich auf aktuell unabweisbare „Anpassungsgesetze“ beschränken, während sich die Arbeitsgruppe das Grundsätzliche und Wesentliche der Verfassungsgebung zu beantworten vorbehielt.

Nachdem Gorbatschow die „deutsche Frage“, wie gesagt am 30. Januar 1990, auf die weltpolitische Tagesordnung gesetzt hatte, begann die Staatlichkeit der DDR, so kann man mit Friedrich Engels sagen, – schon zu diesem Zeitpunkt eigentlich klar erkennbar – auf geradezu klassische Weise einzuschlafen, und mit ihr deren gemäß DDR-Verfassungslehre „oberstes staatliches Machtorgan“²⁵, die „erste sozialistische Volksvertretung auf deutschem Boden“²⁶. Ganz so auch deren eben erst ins Leben gerufene Zeitweilige Verfassungskommission: Der Vorsitzende dieser Verfassungskommission, Prof. Mühlmann, hat dem Verfasser am 16. Februar 1990 resigniert bekundet, daß er von nun an nur noch „mit dem Schminken einer Leiche“, der DDR-Verfassung von 1968/74 nämlich, beschäftigt sein könne.

In dem Maße, wie die alte Volkskammer moribund wurde, wuchs der Eifer der Arbeitsgruppe Neue Verfassung des Runden Tisches. Diese Arbeitsgruppe sah sich zunehmend in der Verantwortung des *zentralen Verfassungsgebers der DDR*. Unter den Akteuren der Verfassungspolitik der siechen DDR haben wir insoweit spätestens seit Ende Januar 1990 einen ersten Sieg und damit einen ersten Sieger festzuhalten: den Sieg nämlich des Runden Tisches über die alte Volkskammer, namentlich über deren Zeitweilige Verfassungskommission – den *Sieg unseres zweiten über den ersten der genannten Akteure*. Die Zeitweilige Kommission stellte ihre Arbeit am 4. März 1990 ein. In der Zeit der alten Volkskammer, der Zeit der beiden Regierungen Hans Modrow (13. 11. 1989–5. 2. 1990; 5. 2. 1990–12. 4. 1990) erfolgten sechs Verfassungsänderungen²⁷.

In verschiedenen Arbeiten zu diesem Thema habe ich deutlich machen müssen, daß es zwischen dem Plenum des Runden Tisches und der Arbeitsgruppe Neue Verfassung sowie „Unterarbeitsgruppen“ der Arbeitsgruppe zu unterscheiden

²⁵ Im Sinne des parlamentarischen Verfassungsstaates, wörtlich ernst genommen: eine ebenso wohlmeinende wie fälschliche Ausweisung des Parlamentes.

²⁶ So die Klassifizierung noch fünf Jahre zuvor von *Karl-Heinz Schöneburg, Gustav Seeber*, Arbeiterklasse und Parlament. Parlamentarische Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung 1848 bis 1949 (Berlin 1984) 7, 180.

²⁷ 1. Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. Dezember 1989, Gesetzblatt I Nr. 25, 265; 2. Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1990, Gesetzblatt I Nr. 4, 15; 3. Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Februar 1990, Gesetzblatt I Nr. 9, 59; 4. Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Februar 1990, Gesetzblatt I Nr. 9, 60; 5. Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. März 1990, Gesetzblatt I Nr. 15, 109; 6. Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. April 1990, Gesetzblatt I Nr. 23, 221.

gilt. Das Plenum des Runden Tisches hat sich nur marginal mit dem Thema Gesamtentwurf einer neuen Verfassung befaßt. Das kann insofern nicht erstaunen, als dazu ja erst eine Vorlage zu erarbeiten war und dies eben erheblicher Zeit bedurfte. Gleichwohl sahen sich die Teilnehmer der Plenarberatungen des Runden Tisches in immer neuen Zusammenhängen vor mehr oder weniger deutlich als solche erkennbare Verfassungsfragen gestellt²⁸. Nach meinem Urteil ist vor allem die 15. Sitzung (am 5. März 1990) zum Thema „Sozialcharta“ hervorzuheben. Die in dieser Sitzung beschlossene Sozialcharta²⁹ ist meines Erachtens inhaltlich unbestreitbarer als alles andere, was unter dem Titel „Verfassung des Runden Tisches“ tatsächlich entschieden wurde beziehungsweise kursiert, als dessen „Verfassungsentwurf“ zu verstehen. Die Postulate der Sozialcharta fanden sich weitgehend wieder in den am 12. März 1990 vorgelegten Textteilen. Bezeichnenderweise hat es hierzu auch in den kärglichen Beratungen zu den vorgelegten Tischvorlagen dieser Teile eines Verfassungstextes weit weniger entschiedene Einwände gegeben als gegen den im Schlußteil der Texte vorgeschriebenen Weg zur Wiedervereinigung. Dabei dürfte denjenigen (Sprecher vor allem des DA), die gegen die Sozialcharta opponiert hatten und nun gegen den im Schlußteil festgezurrten Weg der Wiedervereinigung argumentierten (Sprecher vor allem der SPD), klar gewesen sein, daß mit dem von ihnen favorisierten alternativen Weg der Wiedervereinigung über Art. 23 GG und mithin der weiteren Verfassungsberatungen auch die Inhalte der Sozialcharta zur Disposition stehen würden. Also brauchten sie sich, sofern sie diese Inhalte ablehnten, zunächst einmal nur auf einen anderen Weg der Verfassungsfindung zu konzentrieren. In seinem Vorschlag zum Weg der Vereinigung jedenfalls lag die größte Schwäche dessen, was noch als vorläufige Teile eines Verfassungsentwurfes des Runden Tisches das Plenum desselben erreichte.

Zu dem, was dann später als der „Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches“ in Umlauf gegeben wurde, muß dagegen eindeutig festgestellt werden, daß es einen solchen vom Runden Tisch verabschiedeten Entwurf einfach nicht gibt³⁰. Dem Plenum wurden in seiner Schlußsitzung (am 12. März 1990) von der Arbeitsgruppe Neue Verfassung und deren Untergruppen zwar Teile eines Verfassungsentwurfes vorgelegt. Die Vollversammlung des Runden Tisches hat darüber

²⁸ Siehe im RT-Protokoll die Seiten 315f., 340, 397, 449, 485, 528f., 532–536, 545, 599, 614–616, 632, 648, 712, 761, 764f., 771f., 784f., 808, 840, 842, 845, 859, 896–898, 911, 942, 1097–1112; siehe weitere thematische Zuordnungen als Anhang II dieses Beitrages.

²⁹ RT-Protokoll, Bd. IV, 963–995.

³⁰ In verschiedenen Diskussionen, so auch bei einem Symposium der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen am 3. 12. 1999, ist dieser deutlichen Feststellung des Verfassers widersprochen worden. Siehe den Stenographischen Bericht dieser Veranstaltung 85 ff. Siehe vor allen *Erich Fischer*, Geständnisse und Bekenntnisse (Schleukeditz 2002) 229, der meiner Darstellung und Wertung der Ereignisse als einer „dreisten Behauptung“ widerspricht. Siehe diese Kontroverse vorher schon mit *Walter Süß*, Mit Unwillen zur Macht. Der Runde Tisch der Übergangszeit, in: DA 5 (1991) 470–478; *ders.*, Bilanz einer Gratwanderung – die kurze Amtszeit des Hans Modrow, in: DA 6 (1991) 596–608; meine Replik: Zur Geschichte der Verfassungsdiskussion in der DDR 1989/90, in: DA (1991) 961–963.

aber weder inhaltlich beraten noch abgestimmt, sondern nur befunden, wie mit diesen vorgelegten Einzelteilen weiter zu verfahren sei.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe des Runden Tisches, Gerd Poppe, mittlerweile Minister ohne Geschäftsbereich der Modrow-„Regierung der Nationalen Verantwortung“ geworden, beschrieb die am 12. März 1990 gegebene Situation der verfassungspolitischen Unentschiedenheit darüber hinaus dahingehend, daß nur „Zwei Drittel“ der „120 bis 140 Artikel ... so gut wie fertig“ seien. Immerhin fehlten so wichtige Teile wie das Kapitel zur Finanzverfassung. „Der Rest“ befinde sich in der „Endredaktion“, für welche wiederum eine „Redaktionsgruppe“ eingesetzt sei. Die vorgelegten Teile, vom moderierenden Monsignore Ducke despektierlich als „Packen“ bezeichnet und zur Anschauung hochgehalten, wurden den Teilnehmern als Tischvorlage präsentiert, selbst diese seien noch „nicht zur Veröffentlichung“ bestimmt, „da nicht bei allen Artikeln ... die Endredaktion schon so perfekt stattgefunden“ habe. Mit einem Abschluß der Arbeiten sei erst „innerhalb der nächsten Wochen zu rechnen“³¹. Nachfolgende Beiträge offenbarten zudem, daß selbst in den Unterarbeitsgruppen „nicht immer einstimmiger Konsens erzielt werden konnte“³². An eine inhaltliche Lesung der vorgelegten Teile war unter solchen Umständen nicht zu denken, sie verbot sich geradezu. Entsprechend auch die wiederholte Ermahnung des vorsitzenden Moderators, gemäß Vorentscheidung der „Prioritätengruppe“ (einer Art Ältestenrat des Runden Tisches) in keine materielle Debatte einzutreten.

Dennoch wurden weitreichende Aussagen vorgetragen, nicht nur verfahrenstechnischer, sondern auch inhaltlicher Art. Gerd Poppe, jetzt wie gesagt Minister der Regierung Modrow, befand, daß die noch in dieser Woche (am 18. März 1990) zu wählende neue Volkskammer „ihre Arbeit auf der Grundlage einer in jeder Hinsicht ungenügenden Verfassung aufnehmen“ müsse, „nämlich der im Moment noch gültigen“ von 1968/74. Dies ziehe „einen Zustand minderer Legitimität nach sich, den diese Volkskammer, die ihre Existenz nicht sich selbst verdankt, aus eigenem Recht nicht zu beenden“ vermöge, „da die Kompetenz zum Erlass einer Verfassung unmittelbar und unveräußerlich beim Volk“ liege. Der Runde Tisch „als der legitime Sachwalter derjenigen Kräfte, die die Erneuerung bewirkt“ hätten, könne deshalb gar nichts anderes tun, als seinen Entwurf – „nach öffentlicher Diskussion“, verstehe sich – dem Volke zum Entscheid vorzulegen.

Weiter trug Poppe vor, daß der Runde Tisch mit diesem Entwurf Bestrebungen entgegentrete, „sich durch Abgabe von Beitrittserklärungen einer anderen Verfassungsordnung, dem Grundgesetz der BRD nach Artikel 23 GG, zu unterwerfen“. (Übrigens: Der damalige Minister Poppe ist heute als Beauftragter für Menschenrechte im Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland und auf dieses Grundgesetz politisch eingeschworen – womit ich weit mehr als nur einverstanden bin.)

³¹ Alle Zitate RT-Protokoll, Bd. IV, 1096.

³² Ebd. 1101.

Einmal mehr ließ es sich Gregor Gysi nicht nehmen, seine Weitsichtigkeit als Anwalt der DDR-Bevölkerung unter Beweis zu stellen: Eine neue Verfassung für die DDR stelle nicht nur, zunächst wenigstens und juristisch, deren Souveränität und Handlungsfähigkeit gegenüber der Bundesrepublik her. Auch und dann bedeute es, „daß im Einigungsprozeß nicht die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik über die DDR entscheiden kann – es sind nun einmal einfach mehr Bürger –, sondern das muß paritätisch erfolgen ...“³³. Dies sollte heißen, daß der Einigungsprozeß keineswegs nach Maßgabe des Demokratieprinzips „one man/ woman one vote“ zu vollziehen sei, nicht also 4/5 (westlicher) zu 1/5 (östlicher) Bevölkerung in Deutschland, sondern 1 (Staat der DDR) zu 1 (Staat der BRD).

Massiver Einspruch erhob sich sowohl gegen den von Poppe und anderen behaupteten Verfahrensstatus als auch gegen den damit beanspruchten Legitimitätsstatus der vorgelegten Teile eines Verfassungsentwurfes. Selbst Mitglied der Arbeitsgruppe, bestritt Richard Schröder (SPD) zunächst, daß alle mitgearbeitet und zugestimmt hätten. Nicht einmal dem Plenum der Arbeitsgruppe habe der jetzt dem Plenum des Runden Tisches als Tischvorlage präsentierte Text vorgelegen, dieser sei vielmehr ein Ergebnis der Redaktionsgruppe, und dieses werde „nicht von der gesamten Arbeitsgruppe getragen. Es ist“, fuhr Schröder fort, „mißlich, daß hier so ein Mittelding von Redaktionsgruppen-verantwortetem und Arbeitsgruppen-verantwortetem Text in die Halböffentlichkeit geht.“ Gegen die von Poppe eingeschlagene „Tonart“ und dem von Poppe im wesentlichen tatsächlich postulierten Alleinanspruch des Runden Tisches, dem Volk einen Verfassungsentwurf vorzulegen, verwahrte sich Schröder mit in dieser Runde ungewohnter Abscheu: „Ich würde sagen, dieses ist aristokratisch argumentiert: ‚Verdienst bedingt Befugnis‘ und nicht: ‚Demokratische Wahl bedingt Befugnis‘, und nur diese Verdienste, die der Wähler honoriert, setzen sich in Befugnis um!“³⁴

Schröders Frontalangriff auf das Selbstverständnis der Einbringer zum Trotz (vielleicht auch gerade wegen dieser Invektive) blieb es bei der ursprünglichen Version des Antrages. Danach also empfahl der Runde Tisch der noch zu wählenden Volkskammer, *nicht selbständig* eine Verfassung ins Werk zu setzen. *Die erste frei gewählte Volkskammer sollte darin nicht frei sein*, sondern zusammen mit der auch nach dem Ende des Runden Tisches fortbestehenden Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches lediglich „die Ergebnisse der öffentlichen Verfassungsdiskussion“ auswerten und das Gesamtergebnis am 17. Juni 1990 zum Volksentscheid bringen – und zwar „gemäß Präambel und Artikel 146 Grundgesetz der BRD“. Der Antrag wurde bei nur vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen. Das klingt nach einer zwingenden Legitimation für dessen Zukunft. Dagegen spricht allerdings, daß die Gegenstimmen von den beiden Parteien kamen, die nur sechs Tage später die beiden stärksten Lager der Volkskammer repräsentierten, nämlich CDU/DA sowie SPD, und daß auch die beiden Stimmenthaltungen, nämlich die der LDP, zusammen als die einer demo-

³³ Ebd. 1103.

³⁴ Alle Zitate ebd. 1105.

kratischen Mehrheit – der Regierungskoalition nämlich der neuen, 10. Volkskammer – zu würdigen sind³⁵. Gegen diese Koalition waren von nun an keine demokratisch zu legitimierenden Verfassungsgesetze mehr zu machen. Mehr noch: Diese Koalition allein verfügte, wenn auch knapp, über die zur Verfassunggebung notwendige Zweidrittelmehrheit. Hatte der Runde Tisch noch über die Alte Volkskammer siegen können, so mußte von Anfang an fraglich bleiben, ob es ihm gelingen könnte, seine Verfassungsvorstellungen auch in der Neuen Volkskammer und notfalls sogar (im Wege einer Volksabstimmung) gegen diese zur Geltung zu bringen.

2.4 Die neue Volkskammer: eine verzweifelte Verfassungsverweigerin

Die Beratungen der ersten frei gewählten Volkskammer, *unseres dritten Akteurs*, waren von Anbeginn gleich mehreren verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Widersprüchlichkeiten ausgesetzt:

– Zwar hatte der Zentrale Runde Tisch mit dem oben dargestellten Verfassungsauftrag begonnen, zusammen mit dem Wahlauftrag ist der Verfassungsauftrag als Quelle seiner Legitimation und als weitere Legitimationsgrundlage des Zentralen Runden Tisches überhaupt zu begreifen. Schon dem Runden Tisch aber war auf eine am 7. Dezember 1989 noch ganz und gar unvorstellbare Weise die Zeit davongelaufen. Der Runde Tisch selbst hatte dann – seinerseits in diesem Ergebnis ungewollt – dazu beigetragen, den Prozeß der Delegitimierung einer a-priori-Verfassung für die jetzt demokratische DDR zu beschleunigen, als er die Volkskammerwahl vom ursprünglich dafür vorgesehenen Wahltag des 6. Mai auf den 18. März 1990 vorverlegte. Den Wahlauftrag hatte der Runde Tisch noch erfüllen können, schon diesen nur mit äußerster Mühe³⁶. Eine neue Verfassung aber hatte er selbst, wie oben dokumentiert, nicht mehr eindeutig und überzeugend legitimieren können. Auch deshalb mußte der Volkskammerbetrieb nach der ersten freien Wahl in der neuen, jetzt demokratischen DDR weithin und weiterhin nach altem DDR-Recht/Unrecht in Gang gesetzt und in Gang gehalten werden. *Das*

³⁵ In die am 5. April 1990 konstituierte Volkskammer waren, hier in der Reihenfolge der erlangenen Stimmen aufgezählt, gewählt worden: die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (= CDU) mit 40,82% der gültig abgegebenen Stimmen und 163 Mandaten; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (= SPD) mit 21,88% und 88 Mandaten; die Partei des Demokratischen Sozialismus (= PDS) mit 16,4% und 66 Mandaten; die Deutsche Soziale Union (= DSU) mit 6,31% und 25 Mandaten; der Bund Freier Demokraten (= BFD = Die Liberalen) mit 5,28% und 21 Mandaten; Bündnis 90, später Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 2,91% und 12 Mandaten; die DBD (= Demokratische Bauernpartei Deutschlands) mit 2,18% und 9 Mandaten; Grüne Partei/UFV (UFV = Unabhängiger Frauenverband) mit 1,97% und 8 Mandaten; der Demokratische Aufbruch – sozial und ökologisch (= DA) mit 0,92% und 4 Mandaten; die National-Demokratische Partei Deutschlands (= NDPD) mit 0,38% und 2 Mandaten; der DFD (= Demokratischer Frauenbund Deutschlands) mit 0,33% und 1 Mandat, sowie die Vereinigte Linke (=VL mit 0,18% und 1 Mandat. Die „Allianz“ aus CDU, DA und DSU verfügte allein über 48,04% und 192 Mandate.

³⁶ Siehe *Hans Michael Kloth*, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“ (Berlin 2000).

Argument der paradoxen Rechtslage zwischen demokratischem Zentralismus und sozialistischer Gesetzlichkeit einerseits und parlamentarischer Demokratie andererseits verlangte entweder nach grundsätzlicher Klärung oder nach pragmatischem Lavieren.

– Zwar wurden die alten Normen rechtlich als solche nicht mehr ernstgenommen, waren sie – zumal doch diejenigen der Verfassung von 1968/1974³⁷ – von der friedlichen Revolution politisch außer Kraft gesetzt worden. Gleichwohl blieben die Gesetze der DDR – unter Einschluß eben jener Verfassung von 1968/1974 – über weite Teile als rechtsgültige Grundlage anerkannt. Dazu sahen sich die Abgeordneten der Volkskammer überwiegend schon aus pragmatischen Gründen veranlaßt, und sei es, so ihr damaliges Kalkül, auch nur als Verfahrenskrücke für die vielen überaus schwierigen und ernsthaften Entscheidungsprozesse. *Das Argument der notwendigen Stabilisierung gewollter Instabilität* vermochte einem absichtlichen Provisorium zu genügen und gleichzeitig dessen Überwindung als Interimslösung nicht den Weg zu verstellen.

Zwar stand jedem damaligen politischen Akteur in der DDR der erhebliche Zeitbedarf für einen reiflichen Verfassungsprozeß eindringlich vor Augen, von welchen Vorleistungen auch immer ausgegangen werde: von gar keiner Vorlage, von derjenigen des Jahres 1949 in irgendeiner Kombination mit späteren DDR-Verfassungen, von der 68/74er-Verfassung der DDR oder von dem eine Woche vor Beginn der Konstituierung der Volkskammer fertig gewordenen Entwurf der Redaktionsgruppe des Zentralen Runden Tisches. Unabhängig von sonstigen Zweifeln an einzelnen Inhalten oder dem gesamten Vorhaben einer DDR-Verfassung war großen Teilen der Volkskammer – CDU, DA, DSU, partiell auch Sozialdemokraten und Liberalen – aber ebenso bewußt, daß bei Toresschluß dieses Staates schon aus handwerklichen Gründen nicht mehr genügend Zeit, „monatelange Arbeit“³⁸, zur Verfügung stehen werde, um noch vor der Wiedervereinigung eine neue Verfassung der DDR ins Werk zu setzen. Nur 14 Tage nach Konstituierung der neuen Volkskammer, in ihrer dritten Sitzung am 19. April 1990, wurde aus der Zeitnot bereits das Argument: „Wenn nicht das Grundgesetz in die DDR kommt, gehen die Menschen zum Grundgesetz.“³⁹ *Das Argument der Zeitnot* wurde immer dringlicher vorgetragen.

– Zwar war der außerordentliche Konsensbedarf jeglicher Art von Verfassungsprozeß evident. Die erforderlichen Mehrheiten für das Unternehmen Neue-DDR-Verfassung aber waren nach der Wahl vom 18. März nicht mehr erkennbar: weder die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Volkskammer noch die Bereitschaft der einfachen Volkskammermehrheit, sich auf das „gewagte Unternehmen“

³⁷ Die hier gewählte Kurzform steht für die Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974.

³⁸ Vgl. den Volkskammerabgeordneten (künftig VK-Abg.) *Jürgen Schwarz* (DSU), in: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990), Nachdruck, 2 Bde. (Berlin 2000); künftig zitiert: VK-Protokoll.

³⁹ VK-Abg. *Roland Becker* (CDU/DA), VK-Protokoll, Bd. I, 58.

einzulassen, „hier [in einer noch bestehenden DDR, U. Th.] Volksentscheide zu machen, um eindeutige Mehrheiten im Parlament zu verändern“⁴⁰. Selbst die in eben dieser Sitzung (am 19. April 1990) und sogar vom engagierten Sprecher der Arbeitsgruppe Verfassung in der Volkskammer zitierten Umfrageergebnisse ließen daran keinen Zweifel. Danach nämlich „wünschten sich [nur, U. Th.] 42% der DDR-Bürger eine neue Verfassung der DDR“⁴¹. Bei genauerem Hinsehen war spätestens seit dem 18. März 1990 für eine neue DDR-Verfassung keine verfassungsgebende Mehrheit (mehr) in Sicht. *Das Argument des zum Konstitutionalismus zu knappen Konsenses* tauchte in der Volkskammer in bislang nicht gekannter Schärfe auf.

– Darin ist jedoch – und dies nur auf den ersten Blick paradox – nicht unbedingt ein Element des Stillstandes oder Ausbremsens der Revolution zu sehen. Ganz im Gegenteil, anhaltende Dynamik wurde eingeklagt: Die, wenn es dann schließlich zur Verfassung kommt, in der Regel vorausgegangene Saturierung des transformatorischen Elans war in der Volkskammer offenkundig noch nicht eingetreten beziehungsweise noch nicht gewünscht. Insofern befand sich der friedlich revolutionierende Prozeß auf eigenwillige Weise noch im Gange. Bestritten nämlich wurde in der neuen Volkskammer mindestens die Wünschbarkeit einer „Neukonsolidierung der DDR“⁴². Dem idealtypisierenden Drehbuch der Revolutionsgeschichte zufolge sehen gewöhnlich die „Bewahrer“ als erste den Augenblick einer ihre Bedrängnis endende, wenn nicht wendende Verfassung(sgesetzgebung) gekommen; üblicherweise sind es die „Konservativen“, welche die jeweilige Revolution mittels einer Verfassung unter Kontrolle zu bringen wünschen. Wer aber waren 1989/90 die „Bewahrer“, wer die „Konservativen“? Der ostdeutsche Umbruch bestätigt auch in dieser Frage keines der vulgär-marxistischen Revolutionsdogmen. Die von den Bürgerbewegungen und der PDS als „Konservative“ klassifizierten Mitglieder von CDU, DA, DSU, Liberalen und Sozialdemokraten wollten (noch) keine „Konsolidierung“. Sie fürchteten, die Revolution nicht ihrem Sinne vollenden zu können, wenn ihnen eine neue DDR-Verfassung dazwischen käme, die zu einem Fortbestand der DDR – welcher Art und Dauer auch immer – führen könnte. Die „Bewahrer“ einer (und sei es auch nur noch zeitweiligen) DDR begriffen sich sowohl im DDR-internen als auch und mehr noch im gesamtdeutschen politischen Kontext als die historisch(-materialistisch) „Progressiven“. Sofern es in parlamentarischen Demokratien um die grundsätzlichen Alternativen geht, wird von der Opposition gewöhnlich die Rolle des „Bewegers der Politik“⁴³ erwartet. *Das Argument der noch keineswegs zu Ende gebrachten Revolution* aber wurde zunehmend offensiv nicht von der Opposition der Volkskammer, sondern aus der Regierungskoalition dieses ersten frei gewählten Parlamentes vorgetragen.

⁴⁰ VK-Abg. Hansjoachim Walther (DSU), ebd. 59.

⁴¹ VK-Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen), ebd. 52.

⁴² VK-Abg. Jürgen Schwarz (DSU), ebd. 55.

⁴³ Siehe hierzu die Differenz zwischen Martin Sebaldt und Winfried Steffani um den „eigentlichen“ bzw. „anderen Beweger“ der Politik bei Sebaldt, *Innovation durch Opposition: Das Beispiel des Deutschen Bundestages 1949 -1987*, in: ZParl 23 (1992) 245.

– In den wiederholten Verfassungsdebatten der Volkskammer ging es also nicht nur um die pragmatische Klärung von Fragen des positiven Rechts als Voraussetzung zur Erledigung aktueller politischer Alltagsgeschäfte – beginnend schon mit der Eidesformel für die Regierungsmitglieder⁴⁴ und endend mit dem Zweiten Zivilrechtsänderungsgesetz⁴⁵. Der zwischen den „Konservativen“ einerseits und den progressiven „Verfassungsenthusiasten“⁴⁶ andererseits geführte Streit um die Notwendigkeit einer DDR-Verfassung war darüber hinaus sowohl vorwärts als auch rückwärts gerichtet. Bezogen auf die Vergangenheit ging es um die zutreffende – um nicht zu sagen: wahrheitsgemäße – Deutung der Revolution: Wer war das Volk des Umbruchs 1989/90? Bezogen auf die Zukunft mochte eine neue DDR-Verfassung weniger für das immer klarer als solches erkennbare Transitorium „Deutsche Demokratische Republik“ taugen denn interimistisch als zusätzliche (Verhandlungs-)Vorgabe zur Wahrnehmung „ostdeutscher Interessen“ im Prozeß einer nach der Wiedervereinigung anstehenden gesamtdeutschen Verfassungsfindung. Die Diskussionen der Volkskammer nahmen bereits Teile einer klar bevorstehenden nächsten Runde der Verfassungsdebatte vorweg, sie wurden insoweit mit Blick auf die vermuteten Argumentationsfronten späterer Zeiten stellvertretend vorausseilend geführt. *Die Argumente der Akteurs- und Urheberrechte am Umbruch, an Richtung und Ziel der friedlichen Revolution* blieben in der Volkskammer umstritten.

In den Spannungsfeldern aller dieser (scheinbaren) Widersprüchlichkeiten entstand eine insgesamt für beide Seiten (nahezu) verzweifelte Situation – sowohl für die „Verfassungsenthusiasten“ als auch für jene „Beitrittseuphoriker“, die überhaupt keine Verfassung mehr wollten. Erstere waren in aussichtslose Minderheit geraten, obwohl sie sich aus ihren Verdiensten um die friedliche Revolution sicher blieben, tatsächlich „das Volk“ der DDR insgesamt zu repräsentieren, beziehungsweise vertreten zu müssen. Der Begriff der „Opposition“ war ihnen in der Zeit des Aufstandes gegen eine Diktatur zu einem Ehrentitel zugewachsen. Dieser Titel war von ihnen nicht nur strategisch behauptet, sondern – von den Oppositionellen zutiefst verinnerlicht und ihnen seit dem Herbst 1989 auch von außen in Übereinstimmung mit dieser inhaltlichen Überzeugung weitestgehend zuerkannt – mit dem Anspruch verbunden, wenn nicht die Mehrheit zu sein, so doch diese mindestens zu vertreten. Die Inhalte dieses (einstigen) Ehrentitels hatten sich über die Zeit ihrer Notwendigkeit und Berechtigung hinaus verselbstständigt. Die Oppositionellen schickten sich zur Perpetuierung ihres Anspruches an, insofern der Ehrentitel weiterhin mit ihrem Anspruch einherging, die empirische Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu vertreten. Nachdem die SED niedergedrungen war, fiel es *der unter den Bedingungen einer Diktatur im Herbst 1989 angetretenen „Opposition“* – terminologisch genau genommen handelte es sich zu dieser Zeit noch um

⁴⁴ Vgl. VK-Protokoll, Bd. I, 35.

⁴⁵ Vgl. ebd. Bd. II, 1276f.

⁴⁶ So bezeichnet *Erich Fischer*, Geständnisse 240, überzeugend die engagierten Verfechter einer Realisierung des von der Redaktionsgruppe des Zentralen Runden Tisches vorgelegten Verfassungsentwurfes.

„Widerstand“⁴⁷ – schwer, sich in der Rolle einer *parlamentarischen Opposition*, einer klar bezeichneten (nicht weniger ehrwürdigen) Minderheit also, einrichten zu müssen. Allzu abrupt, für manche zum Verzweifeln abrupt, war der ihnen nun abverlangte Rollenwechsel eingetreten. Paradox genug muß es aus der gelassenen Betrachtung von heute erscheinen, daß sich die damaligen Oppositionellen in der von ihnen (mit-)erfochtenen Legalisierung von Opposition mental nur mit größter Mühe einzurichten willens und fähig waren. Diejenigen, die den schnellstmöglichen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wollten, kämpften unter dem von ihnen so gesehenen Problem- und Zeitdruck nicht minder verzweifelt um die auch für ihren Weg keineswegs umstandslos zu erlangende, letztlich aber erforderliche Zweidrittelmehrheit. Eine Ablösung genau dieses Grundgesetzes auf dem langen und riskanten Wege über Artikel 146 GG wollten sie unter allen Umständen verhindern.

Einen inhaltlich konsistent strukturierten, gar einen in sich geschlossenen Ablauf der Verfassungsberatungen hat es in der Volkskammer ebenso wenig wie am Runden Tisch gegeben⁴⁸. Angesichts der genannten zahlreichen Widersprüchlichkeiten im Grundsätzlichen konnte es nicht verwundern, daß sich die Verfassungsdebatte – auch ohne explizite Nennung – permanent auf die Tagesordnung drängte. Historiker bleiben aufgerufen zu dokumentieren, wie es im einzelnen gewesen ist. Für den Runden Tisch ist dieses bereits weitgehend geleistet. Im folgenden wird vor allem mit der detailgenauen Analyse der Volkskammerdebatten vom 5. April bis zum 2. Oktober 1990 fortzufahren sein.

Die Verfassungsdiskussion entflammte bereits in der konstituierenden Sitzung der Volkskammer an der Frage, worauf der frisch gewählte Ministerpräsident, Lothar de Maizière, denn nun zu vereidigen sei. Heftiger Streit brach darüber aus, daß die Koalitionsparteien – CDU/DA/DSU/SPD/Liberale – ihre Regierung erklärtermaßen auf keinerlei DDR-Verfassung schwören lassen wollten. Die Verfassung von 1968/1974 wurde zu einem von der friedlichen Revolution übriggelassenen „Fragment“⁴⁹ erklärt; nach Streichung „sozialistischer Lyrik“, „sozialistischer Moral“ und „Planwirtschaft“ aus dem Text dieser Verfassung sei nur noch ein „Torso“ übrig, der nicht „wortgleich akzeptiert“ werden könne, sondern nur als „Grundgerüst“ tauge, „das die Verfahrensfragen regelt“⁵⁰. Der designierte Innenminister, Michael Diestel, von Amts wegen zutreffend als „Verfassungsminister“ zu begreifen, lehnte „inhaltlich die bestehende Verfassung“ ausdrücklich als diejenige „ab“, die er zu schützen berufen werde. Er sehe sich vielmehr dem

⁴⁷ Genaugenommen ist für die hier gemeinte Zeit bis zur ersten freien Parlamentswahl der Begriff der Opposition – eine Kategorie funktionierender Demokratien – noch unangemessen. Zutreffender ist von „Widerstand“ zu sprechen. Siehe hierzu Uwe Thaysen, Die ausgelieferte Opposition, in: Ehrhart Neubert, Bernd Eisenfeld (Hrsg.) Macht – Ohnmacht – Gegenmacht: Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR (Bremen 2001) 37 ff.; dort auch weitere Literatur zum Begriff der Opposition in der deutschen Diktaturgeschichte.

⁴⁸ Über die Höhe- bzw. Schwerpunkte der Verfassungsdebatte gibt das Register des Anhangs II Auskunft.

⁴⁹ Brigitta Kögler (DA), VK-Protokoll, Bd. I, 36.

⁵⁰ Alle Zitate Richard Schröder (SPD), ebd.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet⁵¹. Tatsächlich endete die konfuse Willensbildung über die Eidesformel mit der Vereidigung der neuen Regierung, des Ministerrates der DDR, nicht auf irgendeine ausdrücklich genannte DDR-Verfassung, sondern auf „Recht und Gesetz der DDR“⁵². Je heftiger in der Volkskammer von Seiten der Opposition gegen jene „Einmaligkeit in der deutschen Geschichte“ polemisiert wurde, „daß der künftige Premier es ablehnt, auf die Verfassung des Landes vereidigt zu werden, auf Grund derer er gewählt worden ist“⁵³, desto nachhaltiger bleibt den Historikern darauf hinzuweisen, daß genau dies die von Artikel 72 des Entwurfes der Redaktionsgruppe des Runden Tisches vorgesehene Formel erwartete.

Mit der Vereidigung der Mitglieder des Ministerrates war die Verfassungsfrage insgesamt natürlich keineswegs entschieden. Dennoch ließen die Debatten der ersten, politisch konstitutiven Tagungen der Volkskammer bereits auf das Schicksal aller des weiteren zu erwartenden Verfassungsinitiativen schließen. Die konstitutionelle Verunsicherung schon der letzten Sitzung des Runden Tisches generierte einen sich selbst verstärkenden Trend: Immer deutlicher wurde in der neuen Volkskammer der Rückzug von den Schlußempfehlungen des Runden Tisches. Hatte dieser selbst, wie gezeigt, wenn nicht den Inhalt der Verfassung, dann doch wenigstens das weitere Verfahren der verfassungspolitischen Willensbildung in seiner letzten Sitzung fixiert, so wurde nun in der neuen Volkskammer auch noch und erst einmal das weitere Procedere zur Disposition gestellt – und zwar sogar grundsätzlich vom Beschluß des Runden Tisches abweichend.

In ihren Wahlprogrammen hatten auch die Koalitionsfraktionen, unter Einfluß der CDU⁵⁴, noch in Aussicht gestellt, eine Verfassung für die neue, jetzt endlich demokratische DDR zu verabschieden. In der Koalitionsvereinbarung vom 12. April 1990 noch als klärungsbedürftig deklariert⁵⁵, wurde die Verfassungsfrage von Ministerpräsident Lothar de Maizière dann weder in seiner Regierungserklärung erwähnt noch von der Koalition als eigenständige Debatte auf die Tagesordnung der Volkskammer gehoben. In der Präambel der Koalitionsvereinbarung war, diesen Präjudizierungen nochmals vorausseilend, bereits schriftlich die Möglichkeit in Betracht gezogen worden, daß es nicht mehr zu einer Verfassungsgebung kommen könne.

Verfassungsfragen hatten in den oppositionellen Bürgerbewegungen der DDR eine eher nachrangige Rolle gespielt – mit Ausnahme der Menschenrechte, für

⁵¹ Ebd. 32.

⁵² 2. VK-Tagung, 12. 4. 1990, VK-Protokoll, Bd. I, 39.

⁵³ Wolfgang Ullmann, ebd. 36

⁵⁴ In deren Wahlprogramm hieß es, die „Prinzipien eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates und einer Solidargemeinschaft freier Bürgerinnen und Bürger müssen in einer Verfassung festgeschrieben werden“.

⁵⁵ Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) hielt den Koalitionsparteien diese Selbstverpflichtung mit einem Zitat aus der Vereinbarung vor: „Bei der weiteren Gestaltung der Verfassung tritt die Koalition für Übergangsregelungen ein, die sowohl die Verfassung von 1949 als auch den Verfassungsentwurf des Runden Tisches berücksichtigen.“, 2. VK-Tagung, VK-Protokolle, Bd. I, 57.

welche sich namentlich die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) organisiert, mit persönlichen Risiken engagiert und beträchtliche Opfer gebracht hatte. Nun, zur Zeit der neuen Volkskammer, war es die Opposition, für diese die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in der auch IFM aufgegangen war, welche die grundsätzliche Verfassungsfrage als ersten Beratungspunkt der neuen Volkskammer zum frühest gangbaren Zeitpunkt, nämlich im unmittelbaren Anschluß an die Regierungserklärung des ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten der DDR, als Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung der Volkskammer⁵⁶ setzte – den ihr verbliebenen Verfahrensmöglichkeiten entsprechend und ihrem Verständnis vom Rang dieser Frage gemäß. In ihrer Betitelung der Aktuellen Stunde hatte die Opposition den zu behandelnden Entwurf als „Verfassungsentwurf des Runden Tisches“ deklariert. Gerd Poppe stellte sich eingangs der Aktuellen Stunde aber nicht als Repräsentant des Runden Tisches in dieser Frage vor, sondern ausdrücklich als Sprecher der Arbeitsgruppe Neue Verfassung des Runden Tisches. Er bestätigte zunächst explizit, daß dem Plenum des Runden Tisches in seiner letzten Sitzung, am 12. März 1990, nur „ein Teil des Entwurfes“ [sic!] der Arbeitsgruppe vorgelegen hatte. Und er gab gleichsam zum Notariat der deutschen Parlamentsgeschichte, daß „der Gesamtentwurf“ erst nach Schluß des Runden Tisches „verabschiedet“ wurde. Folgerichtig trug er den Entwurf hier auch nicht direkt als „Vermächtnis des Runden Tisches“⁵⁷ vor, sondern bat die Abgeordneten der Volkskammer (nur), den Entwurf als ein solches Vermächtnis zu „betrachten“⁵⁸.

Allerdings hob er hervor, daß der Entwurf „in der Plenarsitzung der Arbeitsgruppe am 4. April von Vertretern all jener Parteien und Vereinigungen des Runden Tisches verabschiedet“⁵⁹ worden war. Damit widersprach er zum einen der historischen Legitimität der jetzt erst, nach der Volkskammerwahl, in der Verfassungsfrage deutlich gezogenen Trennungslinie zwischen Koalitions- und Oppositionsparteien. Zum anderen bestritt er damit das Argument der nicht erreichbaren Mehrheit für eine Verfassungsgebung. Auch das pragmatische Bedenken der Zeitnot war relativiert, wenn man – wie Poppe bezüglich des Rundtischentwurfes⁶⁰ – nicht nur von einem bereits normativ zustimmungswürdigen, sondern auch von

⁵⁶ Siehe die 3. Tagung der VK am 19.4.90 in VK-Protokoll, Bd. I, 51 ff.

⁵⁷ Als solches war es in der letzten Sitzung des Runden Tische von Klaus Wolfram bezeichnet worden, RT-Protokoll IV, 1110.

⁵⁸ Alle Zitate ebd. 51 f.

⁵⁹ Diese vermutlich nicht zufällig unklar offen gelassene Formulierung – Wer waren „all jene“? – sollte wohl den Anspruch bzw. den Eindruck vermitteln, daß alle [sic!] Parteien und Vereinigungen des Runden Tisches einhellig für den Rundtischentwurf gestimmt hatten/hätten.

⁶⁰ Dieser Begriff, auch „Rundtischverfassung“, sei – nicht zuletzt aus stilistisch-pragmatischen Gründen (der inhaltlichen zutreffenden Kürze) – mit einer bewußt diminutiven Konnotation eingeführt zur Kennzeichnung des oben dokumentierten minderen Status gegenüber einer vom Runden Tisch überzeugend legitimierten „Verfassung des Runden Tisches“ erlaubt.

einem empirisch, also zweidrittelmehrheitlich zustimmungsfähigen Gesamtentwurf ausging. Unterstützt wurde die Erklärung des Bündnis 90/Die Grünen durch Sprecher von DBD/DFD und PDS.

Die jetzigen Koalitionsparteien aber knüpften – mit denselben Sprechern auch sie wie am Runden Tisch – weithin an ihre Darlegungen in der letzten Sitzung des Runden Tisches an. Brigitta Kögler (DA) provozierte die Opposition mit der rhetorischen Frage „Wozu brauchen wir noch eine Verfassung?“⁶¹. Sie unterstrich die praktischen Argumente der Zeitnot und des für eine Verfassung nicht (mehr) erreichbaren Konsenses. Vor allem wurde in der Sitzung am 19. April 1990 schärfer denn je eine unüberbrückbare Kluft zwischen der Opposition einerseits und der Allianz einschließlich der Liberalen sowie zunehmend auch der Sozialdemokraten andererseits erkennbar in der materiellen Einschätzung des Rundtischentwurfes. Als Ausdruck und Vermächtnis der friedlichen Revolution wollte die Allianz diesen Entwurf keinesfalls verstanden wissen, von der Opposition sei der Umbruch ganz und gar nicht (allein) zu „pachten“⁶². Die friedliche Revolution sei anderwärts, nicht in der Hauptstadt der DDR, und mit anderen Zielvorstellungen gemacht als denjenigen des Zentralen Runden Tisches in Berlin.

Retrospektiv verdient wiederum eine Rede Richard Schröders, jetzt als Abgeordneter der SPD Volkskammermitglied, besondere Aufmerksamkeit. Schröder überraschte mit einer mittleren und vermittelnden Position. Anders als in der Sitzung am 12. März, in der er die „Verfassungsenthusiasten“ am Runden Tisch (nahezu) demütigend kritisiert hatte, zollte er jetzt zunächst denjenigen ausdrücklichen Respekt, die zwischenzeitlich „noch einmal mit ungeheurer Anstrengung den Entwurf überarbeitet“ hatten. Was nunmehr vorlag, sei nach seinem Urteil „eine sehr gute Verfassung“. Probleme aber sah er hinsichtlich des Datums, zu dem „wir diese Verfassung einführen können“. Einerseits nämlich setze der Entwurf Bedingungen wie die Existenz von Ländern und ein (entsprechendes) Steuersystem voraus, die noch gar nicht gegeben waren. Andererseits müßten und könnten sofort verfassungsrechtliche Vorkehrungen wie Grundrechtsschutz geschaffen werden. Zur Lösung des Dilemmas habe sich die Regierungskoalition auf den Ausweg des „Bausteinprinzips“ verständigt, welches Schröder folgendermaßen präziserte:

„Wir werden sofort ein Staatsorganisationsgesetz einführen, das uns von dem Teil der alten Verfassung erlöst, in dem das gestanden hat, was jetzt Grundlage unseres Handelns ist, und wir werden so, wie der Reformprozeß weitergeführt wird, Teile, Pakete von verfassungsrechtlichen Bestimmungen in Kraft setzen. Für diese Pakete könnte der Verfassungsentwurf des Runden Tisches durchaus als Material dienen, und man kann, wenn der Reformprozeß so weit gediehen ist, daß er einigermaßen dem entspricht, was diese Verfassung vorsieht, über die Frage der Inkraftsetzung einer solchen Verfassung einmal reden.“⁶³

⁶¹ Ebd. 53.

⁶² Jürgen Schwarz, ebd. 55.

⁶³ Alle Zitate VK-Protokoll, Bd. I, 53 f.

Diese Position hielt ungefähre Balance gleichermaßen zwischen den ideologischen und den pragmatischen Argumenten der Verfassungslage wie der Verfassungsdebatte⁶⁴. Richard Schröder hat dem Verfasser dieser Zeilen schon kurz nach der Volkskammertagung vom 19. April 1990 berichtet, daß er von der Zusage des Ministerpräsidenten de Maizière ausgegangen war, den Rundtischentwurf an die zuständigen Ausschüsse der Volkskammer zu überweisen. In einer Aktuellen Stunde konnte dies nicht geschehen, geschah dies auch nicht. Die Geschäftsordnung ließ es nicht zu. Einer analogen „Bitte“ des PDS-Abgeordneten Jürgen Demloff⁶⁵ konnte die Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl in der Aktuellen Stunde (§ 61 GO-VK) nicht entsprechen. Ein solcher in anderem Kontext selbstverständlich zulässiger korrekter Antrag wurde indessen weder jetzt noch später in der Volkskammer, weder von der Regierung noch von den Regierungsparteien – einschließlich also der SPD – gestellt.

In der danach der Volkskammer verbliebenen kurzen Zeit ist im großen und ganzen tatsächlich gemäß dem von Richard Schröder dargelegten Bausteinprinzip verfahren worden – so sehr auch die Opposition sich immer wieder bemühte, den Rundtischentwurf unverändert oder in Kombination mit anderen Entwürfen insgesamt als neue DDR-Verfassung zu initiieren. Den Komparatisten der Politologie sei hinzugefügt, daß hier tatsächlich Erfahrungen der spanischen Transition Pate gestanden haben⁶⁶.

Nachdem der Wille und die Kraft zur Verfassungsgebung gleich am Anfang der Volkskammerarbeit mehrheitlich nicht vorhanden waren beziehungsweise nicht ausreichten, gewannen die oben aufgeführten Widersprüchlichkeiten, gewann vor allen anderen Argumenten das Argument der Zeitnot von Tag zu Tag an Gewicht. Es erboste die Opposition maßlos, wenn ihr immer häufiger die doch nicht von ihr zu verantwortende, sondern offensichtlich durch konkludentes Handeln der Regierungsparteien produzierte zunehmende Zeitverknappung vorgehalten wurde. Enger und enger, so mußte es ihr zu Recht erscheinen, wurde der Kreis um die noch für ihr Verfassungsvorhaben tauglichen Argumente gegen sie gezogen. Die gegenseitige Empörung wuchs in dem Maße, wie sich die Opposition der ersten frei gewählten Volkskammer mit ihrem größten Projekt, der Rundtischverfassung für eine neue DDR, in der Defensive erkannte. Am 26. April 1990 ging die Opposition, Bündnis 90/Die Grünen, in der Debatte unterstützt vor allem von der PDS, noch einmal mit zwei Anträgen in die Offensive. Den Rundtischentwurf wollte sie nunmehr als „Vorläufiges Grundgesetz für die Deutsche Demokratische

⁶⁴ Anders *Erich Fischer*, *Geständnisse* (a.a.O.) 235 f., der darin damals wie heute Heuchelei und, schlimmer noch, Verrat am Programm der SPD-Ost sah bzw. sieht.

⁶⁵ VK-Protokoll, Bd. I, 59.

⁶⁶ Der Staatsrechtslehrer Hans-Peter Schneider (Hannover), der den spanischen Verfassungsumbruch als Experte begleitet hatte, beriet die SPD in diesem Sinne. Die verfassungspolitischen Protagonisten der Ost-SPD wollten den Weg zu einer Angleichung bzw. Neuschaffung der DDR-Verfassung bis schließlich zur Grundgesetzkonformität zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung gehen – u. a. über ein Regierungsorganisationsgesetz, ein Länderorganisationsgesetz und ein Kommunalverfassungsgesetz.

Republik“ durch ein vom Verfassungsausschuß auszuarbeitendes und vom Plenum der Volkskammer zu beschließendes Gesetz in Kraft gesetzt⁶⁷ und dieses schließlich nach öffentlicher Diskussion durch eine Volksabstimmung in den Rang einer demokratisch vollends legitimen, wenngleich „vorläufigen“ Verfassung gehoben wissen⁶⁸. Verfassungen sind in aller Regel auf Dauerhaftigkeit angelegt. Schon die hier gewählte Begrifflichkeit einer „vorläufigen“ Verfassung – konstitutioneller Dogmatik zufolge eine *contradictio in adjecto* – verweist auf einen Geburtsfehler, welcher Schwächen seiner Protagonisten signalisiert.

Die SPD distanzierte sich inzwischen explizit vom Inhalt des Rundtischentwurfes, hielt aber weiterhin daran fest, daß „sich der Verfassungsausschuß Zeit nimmt, diese Frage zu diskutieren“⁶⁹. Die anderen Koalitionsparteien wiederholten im wesentlichen ihre bis dahin bereits vorgetragenen Argumente gegen alle Anstrengungen, die auf eine vollwertige DDR-Verfassung zielten. Den Katalog ihrer Ablehnungsargumente ergänzten sie jetzt um den Hinweis auf den in Vorbereitung befindlichen Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die durch den Staatsvertrag erforderlichen Angleichungen von DDR-Recht an das Recht der Bundesrepublik seien mit dem Rundtischentwurf nicht in Einklang zu bringen. Darin konnte und wollte ihnen kein Oppositioneller widersprechen.

Die Abstimmung – in dem von der SPD und nochmals vom Präsidenten Höppner durchaus suggestiv zugespitzten Sinne – ergab bei vier Enthaltungen 167 Stimmen für und 179 Stimmen gegen das Vorhaben der Opposition. Dem damals wie heute tief enttäuschten Erich Fischer⁷⁰ ist mindestens insoweit beizupflichten, als das parlamentarische Schicksal des Rundtischentwurfes, für viele nach wie vor als „Vermächtnis des Runden Tisches“ ein Revolutionsmythus, damit endgültig besiegelt war. Im Grunde hatte schon hier die neue Volkskammer über den Runden Tisch gesiegt, *unser dritter über unseren zweiten Akteur*.

2.5 Die Wünsche-Kommission: ein Intermezzo der Regierung de Maizière

In der Regierung de Maizière, bei *unserem fünften Akteur* aber gab es mindestens für Teile dieses Entwurfes noch Hoffnungen. Freilich erfuhren davon nur wenige. Justizminister Kurt Wünsche war einen Tag zuvor, durch Beschluß der Regierung vom 25. April 1990, beauftragt worden, „ausgehend von der Verfassung der DDR von 1949 und unter Berücksichtigung des Verfassungsentwurfes des ehemaligen Runden Tisches der Regierung einen ersten Entwurf für eine Übergangsverfassung bis zur staatlichen Einheit Deutschlands vorzulegen“⁷¹. Die entsprechende Expertenkommission der Regierung, „Wünsche-Kommission“, nahm ihre Arbeit am 26. April auf, interessanterweise genau am Tage der dargelegten Ablehnung einer Überweisung des Rundtischentwurfes an den Verfassungsausschuß des Par-

⁶⁷ VK-Drs. 9.

⁶⁸ VK-Drs. 10.

⁶⁹ Richard Schröder, VK-Protokoll, Bd. I, 124.

⁷⁰ Geständnisse (a.a.O.) 237.

⁷¹ Statement des Ministers der Justiz vom 5. 5. 1990, im Archiv des Verfassers.

lamentes. In dieser Kommission wirkten „Angehörige der meisten, in der Volkskammer vertretenen Parteien – auch der SPD – mit“, hieß es offiziell⁷². Die Regierungskommission sollte ihren Entwurf am 5. und 6. Mai 1990 fertigstellen und damit der Regierung zu deren nächster Sitzung vorlegen. „Falls der Entwurf dort Zustimmung findet, wird er in Wahrnehmung der Gesetzesinitiative der Regierung selbstverständlich dem Präsidium der Volkskammer zugeleitet, das über die weitere Behandlung des Entwurfes in der Volkskammer und ihren Ausschüssen befinden wird.“⁷³ Zwar war der Rundtischentwurf damit weiterhin in der politischen Beratung, das Heft (auch) des verfassungspolitischen Handelns aber lag damit eindeutig nicht mehr bei den Promotoren des Rundtischentwurfes, den Parteien der Opposition, vor allem Bündnis 90/Die Grünen, PDS und VL, sondern in der Hand der Koalition.

Auch dieser aber wurde es mehr und mehr entwunden – sofern sie das Heft des Handelns denn je in ihrem Besitz gehabt haben sollte. Denn immer deutlicher wurden die konstitutionellen Konditionen einer schnell und schneller zu vollziehenden Wiedervereinigung: übermäßig der Bedarf an Rechtsangleichung in westliche Richtung und damit der zunehmende Einfluß der westdeutschen Verhandlungspartner auf allen Ebenen, der politischen Führung aus Bonn genauso wie der Ministerialbürokratie vom Rhein. Hinzu kam, daß es im Juni 1990 plötzlich so aussah, als ob das „Fenster der Möglichkeiten“ (wegen innersowjetischer Putschgefahr) von Moskau her wieder geschlossen werden könnte. Deshalb war beziehungsweise schien Eile geboten, nicht nur aus innerdeutschen ökonomischen und sozialen Gründen (die noch immer bedrohlich rollende Ausreisewelle mußte zum Stillstand gebracht werden), sondern auch aus außenpolitischen Gründen (die verheißungsvoll begonnenen Zwei-plus-Vier-Verhandlungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland waren umgehend zum Abschluß zu bringen).

Die Wünsche-Kommission war ein in vieler Hinsicht dubioses Unternehmen. Zu diesem Schluß kamen zumindest Angelika Barbe (damals noch SPD) und Brigitta Kögler (DA), die überfallartig, per Fax, dazu herbeigerufen worden waren. Sie verließen die Veranstaltung nach wenigen Stunden der Teilnahme, weil sie dazu nicht für ihre Fraktionen als Alibi dienen wollten. Im Falle Angelika Barbés kam es darüber zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, weil sich die Fraktion überhaupt nicht an diesem „Unternehmen am Parlament vorbei“ hatte beteiligen wollen⁷⁴. Brigitta Kögler sah in diesem Versuch der Regierung de Maizière nichts geringeres als einen „verfassungspolitischen Putschversuch“. An anderer Stelle habe ich dargetan, daß in der Wünsche-Kommission tatsächlich so etwas wie die Verfassungsputschisten – Ost wie West – beisammen waren⁷⁵.

Einen in sich geschlossenen, widerspruchsfreien Entwurf hat auch diese Kommission nicht zustandegebracht. Die Beratungen dieser zwei Tage und Nächte

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ So Richard Schröder in einem Schreiben vom 28.10.91 an den Verfasser. Angelika Barbe sei als „Privatperson hingegangen“.

⁷⁵ Uwe Thaysen, Verfassungspolitik in der DDR (a.a.O.).

konzentrierten sich darauf, die zu diesem Zeitpunkt – mit Blick auf das zum 2. Juli 1990, also in etwa drei Wochen, datierte Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – erforderlichen Anpassungen des DDR-Rechts einschließlich der DDR-Verfassung von 1949 und dem Rundtischentwurf an das Recht des Grundgesetzes zu überprüfen. Daraus entstand bis in die Morgenstunden des 7. Mai 1990 ein „Vorläufiges Grundgesetz der Deutschen Demokratischen Republik“, das als „Entwurf Grundlagen + Grundrechte“ das Datum des 6. Mai 1990 trägt, eine unentschiedene Zusammenstellung aus Grundgesetz, Verfassung der DDR und Rundtischverfassung.

Dieses Dokument der Wünsche-Kommission wurde tags darauf von der taz zutreffend als „multiple-choice-Verfassung“ bespöttelt, „je nach Betrachtungsweise“, so die taz, „ist es ein Dokument des Bonner Diktates oder das letzte Aufbäumen gegen dieses Diktat“⁷⁶. Es hat das Präsidium der Volkskammer und damit das Parlament überhaupt nie erreicht. Damit hatte sich *unser fünfter institutioneller Akteur*, die Regierung der DDR, ahnungsvoll selbst erledigt, bevor ihn irgend ein anderer Mitspieler des letzten Aktes der Verfassungspolitik hätte besiegen, gleichsam institutionell „erledigen“ müssen.

Die Aussichtslosigkeit – auch die Hilflosigkeit – des „Unternehmens Wünsche“ der Regierung de Maizière wird nochmals deutlicher, wenn man die gedrängte Gleichzeitigkeit der damaligen Ereignisse von heute aus überblickt. An genau diesem Wochenende nämlich trat die erste Runde der Außenminister in Bonn zur Zwei-plus-Vier-Konferenz zusammen. Hier wurde das Kapitel DDR außenpolitisch zugeschlagen und Markus Meckel, der Außenminister der Regierung de Maizière, war dabei, dieses von ihm nie akzeptierte Kapitel so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. Nicht anders der Innenminister der Regierung de Maizière, Michael Diestel. Dieser begrüßte die auf seine Einladung an diesem Wochenende in Ost-Berlin versammelten Innenminister und -senatoren der Bundesländer zur Beratung künftiger Kooperationen. Der Vorsitzende des Ministerrates, Lothar de Maizière, hatte die Minister seiner Regierung – Diestel, Meckel und Wünsche – zu unvereinbaren Zielen aufgestellt beziehungsweise aufstellen müssen. Er war von außen und von innen in eine Zange geraten, deren beiden Hebeln er mit seinem Justizminister zu wenig entgegensetzen hatte.

Es mag heute manchen überraschen, daß unser *vierter Akteur*, die Bundesregierung, in der Verfassungsfrage kaum in Erscheinung trat. Erich Fischer, sonst wahrlich kein Freund der Bundesregierung, meint, Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Kanzleramtsminister Rudolf Seiters „die Ehre geben“ zu müssen mit der Feststellung, sie hätten dem Verfassungsvorhaben „keinerlei Steine in den Weg“ gelegt⁷⁷. Das sagt er, obwohl er doch dabei war, als die beiden westlichen Regierungsvertreter in der Wünsche-Kommission immer dann den Kopf schüttelten, wenn Verfassungswünsche-Ost ihrer West-Meinung nach nicht mit dem Ersten Staatsvertrag in Übereinstimmung zu bringen waren. Sie sorgten für die

⁷⁶ Ebd. 315 ff.

⁷⁷ (A.a.O.) 420.

vielen eckigen Klammern der erwähnten multiple-choice-Verfassung und haben insoweit als unser *vierter Akteur* maßgeblichen Anteil an dessen Sieg über den *fünften unserer Akteure*, die Wünsche-Kommission – ein gewiß entscheidender Etappensieg gegen eine Aktion, die, wie zitiert, mit einigem Recht als „verfassungspolitischer Putsch“ verstanden wurde.

Unter den Akteuren der DDR kam jetzt des weiteren nur noch die neue Volkskammer in Betracht – unser bis hierhin übrig gebliebener *dritter Akteur* als letzter Bannerträger der Hoffnungen auf eine DDR-Verfassung. Demonstrativ und immer wieder aber beantragte namentlich die DSU den unvermittelten Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG der Bundesrepublik Deutschland, so den „Beitritt heute“ auch in einer Sondersitzung der Volkskammer am geschichtsträchtigen 17. Juni. Innerhalb der Koalition wurde dagegen vornehmlich aus der SPD aufgekehrt. Am entschiedensten von den Regierungsparteien wollte sie alle in der Kürze verbleibenden Verhandlungsmöglichkeiten zugunsten „östlicher Interessen“ noch ausschöpfen. Mit einem am 17. Mai 1990 zur Ersten und jetzt, auf den Tag genau einen Monat später zur Zweiten Lesung eingebrachten „Verfassungsgrundsatzgesetz“⁷⁸ sollten zehn neue Artikel, „Grundsätze“ beinhaltend, in die Verfassung eingefügt werden. Und mit diesen, der DDR-Verfassung vorzuschaltenden Grundsätzen sei der Weg dahingehend zu ebnen, in der DDR alle gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen im Sinne eines „freiheitlich, demokratisch, föderativ, sozial und ökologisch orientierten Rechtsstaates“ gemäß Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland treffen zu können.

Die Empörung der Opposition war groß. Schärfer standen die „Verfassungsenthusiasten“ ihren als „Beitrittseuphoriker“⁷⁹ gescholtenen politischen Gegnern in der Volkskammer nie gegenüber. Das Verfassungsgrundsatzgesetz war, wie die Opposition vortrug, ein Verstoß gegen die doch noch immer in Kraft befindliche DDR-Verfassung, ein Verstoß gegen Artikel 106 der Verfassung von 1968/74, welcher (nach den Erfahrungen mit den Verfassungsdurchbrechungen während der Weimarer Republik und allemal des Nationalsozialismus) die explizite Nennung jeder Änderung beziehungsweise Streichung in der (alten) Verfassung verlangte. Das Gesetz lief insoweit auf eine massive Rechtsverunsicherung hinaus, als danach, streng genommen, nicht mehr klar sein würde, welcher Text denn im Konfliktfalle Gültigkeit beanspruchen könne: die 68/74er-Verfassung der alten DDR oder das neue Verfassungsgrundsatzgesetz. Letzteres war auch eine Art Generalermächtigung, zumal davon auszugehen war, daß in die davon geschaffenen Rechtsunsicherheiten hinein obendrein mit rechtsstaatlicher Unerfahrenheit gehandelt werden mußte. Mit diesen Vorbehalten taten sich die Mitglieder der ersten frei und rechtmäßig gewählten Volkskammer um so schwerer, als alle Seiten für sich in Anspruch nahmen, der Willkürherrschaft des SED-Regimes (welches sich solcher Praktiken der Verfassungsdurchbrechung reichlich schuldig gemacht

⁷⁸ VK-Drs. 19a.

⁷⁹ 15. VK-Tagung, 17. 6. 1990, VK-Protokoll 552.

hatte) ein Ende bereitet zu haben und von nun an der Rechtsstaatlichkeit endgültig ein sicheres Fundament bereiten zu wollen.

Aus diesem Dilemma versuchte Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Die Grünen) noch einen Ausweg zu finden mit seinem Appell, entweder die Bemühungen der Wünsche-Kommission fortzusetzen oder ein „Vorparlament“ aus den Ausschüssen „Deutsche Einheit“ des Bundestages und der Volkskammer⁸⁰ ins Leben zu rufen: eine „Parlaments- und Rechtsgemeinschaft“ zur Herstellung einer „Verfassungsgemeinschaft“⁸¹ zu gründen. Ullmanns Vorschlag fand keine Gefolgschaft. Damit hatte sich auch unser *siebenter Akteur* aus dem Rennen begeben; denn einen Tag vor der von der großen Mehrheit beabsichtigten Verabschiedung des (Ersten) Staatsvertrages zur Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft (am 18. Mai 1990) wollte auch die Mehrheit der Volkskammer dafür mit Hilfe des Verfassungsgrundsatzgesetzes unbedingt die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Zutreffend wurde in der Volkskammer benannt, daß nun der erste Staatsvertrag faktisch sogar der dann noch von der 68/74-Verfassung der DDR übriggebliebenen „Rumpf- und Skelettverfassung“⁸² vorausgehen werde.

Neben der Außerkraftsetzung der Herzstücke der DDR-Verfassung von 1968/74 schloß der Regierungsentwurf in der Tat nichts Geringeres als den Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz ein. Gegen alle massive Kritik der Opposition wurde er am 17. Juni 1990 in einer Kampfabstimmung mit 269 Stimmen (erforderlich war die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit von 267 Stimmen) bei vier Enthaltungen und 83 Gegenstimmen durchgesetzt. Auf beiden Seiten wurde von gelungener beziehungsweise mißglückter Überrumpelung – respektive von einem solchen Versuch gesprochen. Verfassungsrechtlich gesehen war der 17. Juni 1990 der Tag der friedlichen, das heißt mit juristischen Schritten erreichten Unumkehrbarkeit des gesellschaftlichen Umbruchs – aber auch ein *point of no return* zu den Vorgaben der Sozialcharta des Runden Tisches.

Die Opposition konnte sich damit äußerst schwer abfinden. Ihr blieb nur noch eine symbolische Inszenierung. In der 17. Tagung der Volkskammer, am 22. Juni 1990, schleppten Bündnis 90/Die Grünen und das Neue Forum sackweise Unterschriften, insgesamt 203 000, vor den Abgeordneten zum Präsidium – Unterschriften, die den Worten von Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) zufolge „die Abgeordneten daran erinnern sollten“, daß die Lösung der „nationalen Frage“ mit der Lösung der „konstitutionellen Frage“ zu vereinbaren sei, und daß die Mitglieder des neuen Parlamentes „zwar Abgeordnete der Volkskammer, aber eben nicht das Volk“ seien⁸³.

⁸⁰ Siehe zu diesen noch viel zu wenig ausgeleuchteten parlamentarischen Initiativen auf dem Wege zu einer deutsch-deutschen „Supra-Koalition“ der Parlamentarier aus Ost und West Uwe Thaysen, *Entwicklungen und Perspektiven [der parlamentarischen Demokratie] seit dem 9. November 1989*, in: *Informationen zur politischen Bildung* 228 (3. Quartal 1990) 32 ff.

⁸¹ 15. VK-Tagung, 17. 06. 1990, VK-Protokoll II, 545 f.

⁸² Udo Kamm, ebd., II, 548.

⁸³ VK-Protokoll Bd. IV, 643.

3. Wer war das Volk: mehr als eine DDR-Verfassung?

Wer aber war das Volk der DDR, unser *zehnter Akteur*? An dieser Stelle werden vorab offenkundig grundsätzlichere Anmerkungen unausweichlich. Demokratisch akzeptabel – und wissenschaftlich, d.h. empirisch valide – werden die in Freiheit entscheidbaren und tatsächlich entschiedenen *gesellschaftlichen Differenzierungen* in Wahlen ermittelt. Hier – und sonst nirgendwo gleichermaßen demokratisch angemessen – wird die Frage nach den Mehrheiten beziehungsweise Minderheiten im Folgenden beantwortet, in unserem Falle nach dem Mehrheitswillen der Bevölkerung in der DDR. Wahlergebnisse sind insofern auch die adäquate Grundlage einer empirischen Antwort auf die abschließend zu stellende Frage nach dem „Volk“. Wovon haben wir auszugehen: von einem DDR-Volk, einem Volk der DDR, einem Volk in der DDR, der Bevölkerung in der DDR? In unserem Falle der Verfassungspolitik und nach den hier genannten normativen Standards zur Ermittlung des empirischen Status wurde der Mehrheitswille zweifach gemessen: für die frei gewählte Volkskammer (in der Wahl am 18. März 1990⁸⁴) und von der frei gewählten Volkskammer (in deren Willensbildung vom 5. April bis zum 2. Oktober 1990). Und diese erstmals frei gewählte Volkskammer wollte, wie die sorgfältige Dokumentation ihrer diesbezüglichen Willensbildung zeigt, keine neue DDR-Verfassung.

Das (homogene) Volk der DDR hat es, allen Beteuerungen zum Trotz, nie gegeben. Dies – die Homogenitätsfiktion als Lebenslüge der SED offenliegend – zeigte sich sehr schnell und zunehmend schärfer mit wachsender Meinungs- und Entfaltungsfreiheit in der DDR. Es offenbarte sich in der für Freiheit bezeichnenden und Freiheit ausmachenden Differenzierung. Weder konnte länger von *einem DDR-Volk* noch von *einem Volk der DDR* gesprochen werden. Nicht einmal von dem *einen Volk in der DDR* konnte länger die Rede sein.

Verfassungswende in der Wende irgendwann zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990? Zu einem solchen Schluß kann nicht einmal kommen, wer nur auf die Entwicklung in der DDR und der DDR schaut. Dann nämlich ist ein linearer Prozeß zu konstatieren, der freilich über jene Vorstellungen hinwegging, die sich vornehmlich die Bürgerbewegungen und die PDS zu Eigen machten und zum Teil heute noch machen. Wer indessen die von diesen verfolgten Verfassungsabsichten (auch) in der Bundesrepublik insgesamt verwirklicht sehen wollte beziehungsweise durchsetzen will, für den bezeichnet der verfassungspolitische Prozeß in der Volkskammer der DDR zu Recht den markantesten Wendepunkt – eine nachvollziehbare und ja tatsächlich immer wieder ausgesprochene, herbe Enttäuschung darüber, daß es in der DDR und aus der DDR heraus zu keiner neuen deutschen Verfassung gekommen ist. Die Desillusionierung mag auch vorausahnend gewesen sein. Denn wie konnte erwartet werden, daß in der Volkskammer der DDR *nicht* entwickelte und *nicht* durchgesetzte Verfassungsvorstellungen, Alternativen

⁸⁴ Siehe zur Interpretation des Wahlergebnisses Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch der DDR*, a.a.O. 174 ff.

zum Grundgesetz, später in Gesamtdeutschland eine bessere Realisierungschance haben würden?

Empirisch zusammenfassend bleibt nämlich festzuhalten, das wir es in allen aufgeführten Institutionen des dokumentierten Verfassungsgebungsprozesses jenes einen Jahres der zunehmenden Freiheit (9. Oktober 1989–2. Oktober 1990) in der DDR mit einem permanent am Ende jeweils mehrheitlichen Prozeß der Entscheidungen zu tun hatten, sich in der Verfassungsfrage eben *nicht* zu entscheiden. Genau genommen brauchte nicht einmal einer unserer Akteure über den anderen oder mehrere andere zu siegen, gar alle anderen zu „erledigen“. Das besorgten unsere Akteure jeweils höchst selbst: An keiner einzigen Station der Willensbildung, keinem einzigen Knotenpunkt des für demokratische Verfassungsgebung allemal erforderlichen institutionellen Netzwerkes brachten unsere Akteure eine Mehrheit für eine DDR-Verfassung zustande, nicht einmal in ihrer jeweils eigenen Institution. Sie hatten entweder nicht den Willen, eine DDR-Verfassung ins Werk zu setzen, oder sie hatten nicht die Kraft dazu. Die DDR war empirisch gesehen nicht verfassungsfähig.

4. „Prinzipien“ jenseits des „Verfassungspatriotismus“?

Petra Dobner formulierte kürzlich im Zuge ihrer Bilanzierung der „Effekte staatlicher Transformation auf die Verfassung als Institution“ das allgemeine „Problem, daß die ideellen Grundlagen der Verfassung – die Einheit von Territorialität, Macht und Staatsvolk – zunehmend von realen Andersentwicklungen überholt werden“⁸⁵. Das klingt auf unsere Zeit der Globalisierung bezogen sehr modern, bezeichnet aber theoretische Einsichten durchaus älterer Herkunft. In seinem eingangs erwähnten Aufsatz „Zur preußischen Verfassungsfrage“ aus dem Jahre 1852 warf schon Lorenz von Stein eben dieses Problem in feinsinniger Formulierung mit der fundamentalen Frage nach der „Verfassungsfähigkeit eines Staates“ überhaupt auf. Sie sei, so von Stein, „nach den drei Verhältnissen hin“ zu betrachten: „Diese drei Verhältnisse sind die *historische* Grundlage der Verfassung, ... die *wirtschaftliche* und die *gesellschaftliche*.“⁸⁶

Die von Lorenz von Stein genannten „Verhältnisse“ waren zwar auf den preußischen Staat bezogen, sie sind aber durchaus generalisierbar (gemeint). Das interdisziplinäre⁸⁷ Vorgehen von Steins ist nicht minder exemplarisch. Legt man nun von Steins Kriterien zugrunde, so wird verständlicher, warum sich die DDR – in

⁸⁵ Petra Dobner, Konstitutionalismus als Politikform. Zu den Effekten staatlicher Transformation auf die Verfassung als Institution (Baden-Baden 2002) 213.

⁸⁶ Lorenz von Stein, Zur preußischen Verfassungsfrage, hrsg. von Norbert Simon (Reprint Berlin 2002) 10, Hervorhebungen im Original der von Carl Schmitt besorgten Edition.

⁸⁷ Der 1850 von der dänischen Regierung aus Kiel verwiesene Gelehrte war fast ebenso sehr Staats- wie Gesellschaftswissenschaftler und Ökonom. Den hier herangezogenen Aufsatz verfaßte von Stein als Ordinarius in Wien.

mancherlei Hinsicht von Anfang an, allemal aber in der Zeit des Umbruchs 1989/90 – „verfassungsunfähig“ erwies. Denn nie hatte es für die DDR eine freiheitlich legitimierte „*historische Grundlage*“ (im Sinne von Steins) gegeben, die DDR war ein Produkt, das sich nur unter äußerem und äußerstem Zwang behaupten ließ; Erich Honeckers Parole von den zwei Nationen auf deutschem Boden entpuppte sich tatsächlich als eine „abstruse Theorie“⁸⁸: Mit dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes war die „*historische Grundlage*“ der DDR dahin. „*Wirtschaftlich*“ (im Sinne von Steins) geriet die DDR zumal mit dem Ende des COMECON endgültig in den Bankrott, der „Klassenkampf“ war tatsächlich, wenn gleich definitiv anders als von der SED propagiert, ökonomisch entschieden worden: Insolvenz war schon vorher mit den Milliardenkrediten beim Kapital der Bundesrepublik beantragt worden. Und „*gesellschaftlich*“ (im Sinne von Steins) gab es, wie hier dokumentiert, für diese Republik, selbst und erst recht 1989/90, keine Chance, daß sich die Bevölkerung in der DDR im Wege einer Verfassungsgebung mehrheitlich hätte mit welcher Art von DDR auch immer „versöhnen“ lassen, gar „ihren Friedensvertrag mit dem Staat“⁸⁹ geschlossen hätte. Daß die Deutsche Demokratische Republik kein verfassungswürdiges Gebilde der Geschichte sei, war und blieb offenkundig die mehrheitliche Überzeugung sämtlicher 1989 autonom gewordener Akteure des verfassungspolitischen Willensbildungsprozesses in der DDR. Gerade wenn die konstitutionelle und die nationale Frage in einem zu lösen möglich sein sollte, dann *waren die Bürgerinnen und Bürger in der DDR mehr, als eine Verfassung einer DDR je hätte definieren können*.

Gemessen an den 1852 von Lorenz von Stein genannten drei „Verhältnissen“ (historische Grundlagen, Wirtschaft und Gesellschaft), gemessen auch an deren entschieden juristischer Zuspitzung um 1900 in den drei „Elementen“ (Staatsgebiet, Staatsmacht und Staatsvolk) Georg Jellineks⁹⁰ und schließlich überprüft anhand der drei 1994 von Konrad Hesse⁹¹ entwickelten „Funktionen“ (Organisation, Integration und rechtliche Leitung) hatte sich die DDR als staatsunfähig offenbart. Dies implizierte und hatte die Verfassungsunfähigkeit der DDR zur Folge. Die „Einheit von Territorialität, Macht und Staatsvolk“⁹² war – wenn überhaupt zwischen 1949 und 1989 – für die DDR nur diktatorisch herstellbar gewesen.

⁸⁸ Richard Schröder, Zwei deutsche Verfassungen – zwei deutsche Lehren aus der Geschichte, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung vor der Zukunft. Dokumentation zum Verfassungskongreß 50 Jahre Grundgesetz – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland* (Opladen 1999) 64.

⁸⁹ Ein solcher „Friedensvertrag“ war es im wesentlichen, was manche der „Verfassungsenthusiasten“, darunter einige durchaus auch rückwirkend, im Sinne hatten. Daß letzteres mit einer DDR-Verfassung hätte bewirkt werden können, mag ein weiteres Motiv des mehrheitlichen Widerstrebens gegen derartige Bemühungen gewesen sein, für manche das ausschlaggebende Argument ihres Widerstandes. Hier zitiert *Erich Fischer*, *Verfassungsgeschichte der DDR 1990*, in: *Kritische Justiz* 4, 23. Jg. (1990) 249.

⁹⁰ Allgemeine Staatslehre (Heidelberg 1900).

⁹¹ Verfassung und Verfassungsrecht, in: *Ernst Benda* u.a. (Hrsg.), *Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland* (Berlin, New York 1994) 3–18.

⁹² *Petra Dobner*, *Konstitutionalismus*, a.a.O. 213.

Wir wissen heute, daß die Abfolge von Entscheidungen der DDR-Akteure, sich *nicht* zu entscheiden, die Verfassungsfrage schließlich absichtsvoll abschließend der Zuständigkeit der Gesamtrepublik überantwortete. Dort fiel sie – auch gegen alle Anstrengungen unseres *achten Akteurs*, des „Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder“⁹³ – der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag (GVK⁹⁴), *unserem neunten Akteur*, zu. Und dort blieb, wie wir auch wissen, wenig übrig von den Wünschen der Verfassungsenthusiasten in der DDR. Zu diesem Schluß muß kommen, wer die Bemühungen der oppositionellen Bewegungen in der DDR seit dem Runden Tisch im Dezember 1989 genau verfolgt. Gleichzeitig ist zu bilanzieren, daß für die Bürgerinnen und Bürger der heute ehemaligen DDR spätestens seit dem Grundsatzgesetz im Mai 1990 ein Verfassungsumbruch erfolgt war, wie man ihn sich massiver gegenüber ihrer bis dahin geltenden Unterwerfung unter die Verfassung von 1968/74 schwerlich vorstellen kann. Also gab es mindestens doch für die Bürgerinnen und Bürger der DDR jene einschneidenden Verfassungsänderungen, von denen wir eingangs annahmen, daß sie mit epochalen Zäsuren der Geschichte üblicherweise verbunden sind. Der westliche Teil der Republik verharrte in seiner Konstitution, obgleich auch er mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 massiven, historisch einschlägigen Veränderungen unterworfen war. Allerdings: Der Westen hatte nach 1949 Herausforderungen geringerer Größenordnung mit Hilfe eben dieses Grundgesetzes bewältigen können. Warum also dieses aufgrund der Ereignisse von 1989/90 ändern?

Insgesamt also bewährt sich die These, wonach historiographisch einschneidende Veränderungen mit ebensolchen verfassungsrechtlichen Konsequenzen einhergehen, im Falle der deutschen Verfassungspolitik von 1989 bis 1994 mit zwingender Evidenz: Für den Osten des Landes, wo sich wirtschaftlich und gesellschaftlich nahezu alles änderte, kam es zu einer grundstürzend neuen Verfassung; für den Westen, wo sich daran im Grundsätzlichen nichts änderte, blieb auch verfassungsrechtlich gesehen weit über das Wesentliche hinaus alles im beim alten.

Der sogenannte Artikelstreit – ob der Weg der (Wieder)Vereinigung über Art. 23 oder Art. 146 GG zu gehen sei – war schon in der DDR zu Gunsten von Art. 23 GG und damit zu Gunsten einer Bestätigung des Grundgesetzes entschieden worden. Und damit war im wesentlichen zugleich präjudiziert, daß Bundestag und Bundesrat, unser gesamthandelnder *neunter Akteur*, nicht aber unser *zwölfter Akteur*, das Volk der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, den im Oktober 1989 in der DDR begonnenen Verfassungsprozeß 1994 mit einer Bestätigung dieser Bestätigung abschloß.

⁹³ Vgl. zu diesem Kuratorium die Beiträge in Bernd Guggenberger, Tine Stein (Hrsg.), Die Verfassungsdiskussion im Jahr der Deutschen Einheit (München, Wien 1990); ferner Bernd Guggenberger, Ulrich K. Preuß, Wolfgang Ullmann (Hrsg.), Eine Verfassung für Deutschland (München, Wien 1991).

⁹⁴ Vgl. hierzu ausführlich Markus Bremer, Die Gemeinsame Verfassungskommission. Warum gilt das Grundgesetz? (Opladen 2002).

Gab und/oder gibt es „Prinzipien“ (im Sinne von Steins) jenseits des „Verfassungspatriotismus“ (im Sinne von Sternberger)?

Die Entstehung des Grundgesetzes ist wie dieses selbst durch und durch von Pragmatismus gekennzeichnet, von praktischer Vernunft, könnte man auch sagen nach 50jähriger Bewährung. Die Papier- und Perfektionsgläubigkeit deutscher (Paulskirchen-)Professoren ist dem Verfassungsprovisorium der Bundesrepublik Deutschland erspart geblieben. In der DDR wurde insgesamt mindestens ein Jahr (vom 9. Oktober 1989 bis zum 3. Oktober 1990) mehr oder weniger ohne Verfassung und ohne die Strukturen eines funktionierenden Staates an Runden Tischen und in sonstigen Bürgervereinigungen und schließlich in der ersten frei gewählten Volkskammer Repräsentation und Selbstverwaltung praktiziert – gewaltlos, mehr oder weniger intuitiv nach den Regeln der Freiheit, einer „perfekten Demokratie“⁹⁵, das heißt in weitest möglich gesicherter Rechtsstaatlichkeit und eingebettet in die politische Kultur einer Zivilgesellschaft sowie schließlich einem deliberativ offenen Parlamentarismus. In dem halben Jahr der freien Wiederherstellung der deutschen Nation (vom 5. April bis zum 2. Oktober 1990) war der Zeitdruck für die Abgeordneten der Volkskammer übrigens kaum geringer als 40 Jahre zuvor für die Eltern des Grundgesetzes: Und 1990 ging es letztlich auch nicht weniger unpathetisch zu als 1949.

Pragmatisch-selbstverständliche Handhabungen und Wahrnehmungen von Freiheit, welche – um der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und Handlungsfähigkeit willen – gleichwohl nach Verfassung strebend *notfalls auch ohne geschriebenen Text auszukommen verstehen*, wären in meinen Augen überaus akzeptable, positive „Prinzipien“ im Sinne des Lorenz von Stein. Bürgerinnen und Bürger zwischen Elbe und Oder haben diese Prinzipien 1989/90 praktiziert. Es waren Prinzipien, nach denen und mit denen das unpathetische Grundgesetz 1989/90 lebendig war, Prinzipien, die sich auch weiterhin als tragfähig erwiesen. Die Verfassungspolitik der Jahre 1989 bis 1994 blieb ein Prozeß der beständigen Bestätigung dieser Prinzipien – zunächst eine Bestätigung des Grundgesetzes durch die erstmals frei (ab-)stimmenden ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger, dann, diese selbst wiederum einschließend, eine Bestätigung ihrer Entscheidung durch den

⁹⁵ Dieser Begriff ist in gegensätzlicher Anlehnung an Klaus von Beymes Charakterisierung der „defekten Demokratie“ (z. B. Rußlands bis heute) gewählt. Siehe *ders.*, Entwicklungstendenzen des defekten Parlamentarismus in der Ersten und Zweiten Rußländischen Republik, in: *Ellen Bos, Margareta Mommsen, Silvia von Steinsdorff* (Hrsg.), *Das russische Parlament. Schule der Demokratie?* (Opladen 2003) 83: „In defekten Demokratien fehlt es sowohl an hinreichend gesicherter Rechtsstaatlichkeit als auch an einer Zivilgesellschaft. Der Parlamentarismus ist dort nicht in eine politische Kultur eingebettet, die dem Gedanken der deliberativen Demokratie offen gegenüber steht.“; siehe zu den empirisch von der DDR und speziell von der Volkskammer der DDR mehr oder weniger prinzipiell abweichenden Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa die weiteren Beiträge in diesem Band; ferner: *Friedbert W. Rüb*, *Schach dem Parlament!* (Wiesbaden 2001); *Susanne Kraatz, Sylvia von Steinsdorff*, *Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa* (Opladen 2002); sowie mehrere Beiträge in *Gerhard Loewenberg, Perill Squire*, *Legislatures. Comparative Perspectives on Representative Assemblies* (Michigan 2002).

frei bestimmten und erstmals seit 1949 aufgerufenen gesamtdeutschen Verfassungsgeber.

Dabei handelt es sich glücklicherweise um Prinzipien, die wir nicht „jenseits“ – gar metaphysisch und metaphorisch – „oberhalb“ des Grundgesetzes, dieses gleichsam durch welche Art von „Patriotismus“ auch immer veredelnd, vermuten müssen. Wohl aber können wir diese als ein dem Grundgesetz inhärentes und diesem unterliegendes Fundament begreifen. Die Bürgerinnen und Bürger zwischen Oder und Elbe haben in den Jahren 1989 bis 1994 Beachtliches zur Bestätigung dieses Fundamentes und damit zur Stärkung dieses Fundamentes geleistet: nichts geringeres als einen ermutigenden Beitrag zu unserer Zukunftsfähigkeit nach den Prinzipien der Freiheit.

Anhang 1: Register zur Verfassungsdebatte am Zentralen Runden Tisch 1989/1990

Arbeitsgruppe Verfassung: S. 152–53, 179, 201, 205, 313, 315, 341, 351, 356, 359, 448–50, 528–30, 536, 608–09, 614, 761, 764–66, 771, 841–43, 852, 859–60, 957, 964, 1023, 1057, 1096–1107, 1112.

Änderung der Artikel 12 und 14 der Verf. Der DDR: S. 312–15, 339–41, 448–50, 486.

Artikel 23 GG: S. 841, 1097, 1105.

Artikel 146 GG: S. 786.

Grundrechte: S. 207, 493, 536, 656, 711, 856–58, 883, 1001, 1096.

Einigungsprozeß: S. 657, 705–06, 708–09, 715, 718, 785–86, 792, 841, 845, 853, 922, 930, 1103, 1110, 1130–31.

Entwurf einer neuen Verfassung: S. 30, 43–44, 46, 48–53, 152–53, 201, 205, 293, 316, 325, 341, 480, 491, 608–09, 765, 840–43, 859–61, 964, 1055, 1062, 1088, 1096–1112.

Grundlagenvertrag: S. 461.

Notstandverf. Der Bundesrepublik Deutschland: S. 508.

Paulskirchenverfassung: S. 1098.

Verfassungsgebende Versammlung: S. 52.

Verfassungsartikel Art. 44 und 45 DDR-Verf.: S. 195, 762–66, 853, 860, 1017.

Verfassungsstaat: S. 1101–02.

Weimarer Verf.: S. 508, 1098, 1107.

Verfassungsgerichtshof: S. 294–95, 493.

Verfassungsrecht: S. 397, 528–29, 532, 536, 599, 712, 761, 765, 845, 859, 1099–1100, 1106, 1111.

Verfassungsschutz: S. 151, 191, 224, 236–37, 240, 243–48, 250, 292–98, 303, 309, 318, 323–25, 329–31, 342, 348, 357, 363, 366, 377, 385–86, 389, 412, 622.

Die Seitenhinweise beziehen sich auf *Uwe Thaysen* (Hrsg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokolle und Dokumente*, 5 Bde. (Wiesbaden 2000).

Anhang 2: Register zur Verfassungsdebatte in der Volkskammer der DDR 1990

1. Tagung	05. April 1990	Drs. 1	S. 6	Wahlgesetz
2. Tagung	12. April 1990	Drsn. 6/6a	S. 18–23, S. 36–37	Eidesformel
3. Tagung	05. April 1990	Drs. keine	S. 51–59	Aktuelle Stunde: „Vorentwurf“ des Runden Tisches
5. Tagung	26. April 1990	Drs. 9	S. 123–126	Inkraftsetzen eines vorläufigen Grundgesetzes für die DDR.
		Drs. 10	S. 125–126	Volksabstimmung über eine neue Verfassung
15. Tagung	17. Juni 1990	Drsn. 19/19a	S. 543–555	Verfassungsgrundsatzgesetz
17. Tagung	22. Juni 1990	Drs. Keine	S. 643 ff.	Unterschriftensammlung: Volksentscheid über den Entwurf des Runden Tisches
31. Tagung	22. August 1990	Drs. 181	S. 1411–1422	Beitritt nach Art. 23 GG